Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 36 vom 9. September 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

11. September 1973
10 Jahre Diktatur in Chile

Vor zehn Jahren putschte in Chile das Militär, die schwärzeste Reaktion gegen die Regierung der Unidad Popular, die Regierung des Präsidenten Salvador Allende.

Aus Anlaß dieses — traurigen — Jubiläums veröffentlichen wir auf Seite 10 dieser Ausgabe des „Roten Morgen" einen Bericht über die Ereignisse des 11. September 1973. Dieser Bericht stammt von dem Berater des Präsidenten Allende, der die letzten Stunden im Regierungspalast dabei war.

Die Seite 12 ist dem von der Militärjunta im Stadion von Santiago ermordeten Volkssänger Victor Jara gewidmet. Sein Leben, seine Lieder stehen für das Denken und den Kampf des ganzen chilenischen Volkes.



September 1973 im Stadion von Santiago

Zahlenakrobatik

Es wird schon üblicherweise viel Schindluder getrieben mit der Statistik über die Arbeitslosigkeit. Wer da alles rausfällt, wie einzelne Schicksale hinter Zahlenkolonnen verschwinden.

Jetzt aber sollen die neuesten Zahlen, über den August, dafür herhalten den vielbeschworenen Aufschwung zu beweisen. 6000 Arbeitslose weniger als im Vormonat, Erfolg der Regierungspolitik, so tönt es aus CDU-Ecken. Viel läßt sich dagegen sagen. Daß in der Statistik selbst deutlich wird, daß für Frauen und Jugendliche die Lage immer schlechter wird. Daß eine ganze Reihe von (Ferien) Faktoren mit hereinspielen und so weiter. Vor allem aber dies: Die immer neuen Entlassungspläne der Kapitalisten sprechen ebenso dagegen, wie die immer stärker in die Debatte gebrachten Vorstöße derjenigen CDU-Kreise und Unternehmerverbände, denen alles noch längst nicht schnell genug voran geht. Im Gegenteil: Die Probleme für die werktätige Bevölkerung solcher sogenannter Problemgebiete wie des Ruhrgebiets oder der Küstenregion werden ständig größer, dort werden ganze Orte in den Krisenstrudel, den die Kapitalisten mit ihren Großbetrieben erzeugen, hineingerissen. Schließlich spricht auch gegen diese Propagandalüge vom Aufschwung die Tatsache, daß Kohls Lehrstellenmärchen immer deutlicher an der Wirklichkeit zerschellt.

Die These der Konservativen, man müsse nur in vollem Umfang auf die Selbstheilungskräfte des Kapitalismus vertrauen, dazu müsse er nur vorher möglichst weitgehend vom „Ballast" sozialer Rechte befreit werden, zieht nicht. Sie dient allein der beschleunigten Profitmacherei. Nur die Abschaffung dieses kapitalistischen Systems kann auf Dauer auch die Arbeitslosigkeit abschaffen. Ansonsten bleibt nur der Behelfsweg durch politischen Kampf, durch organisierten Widerstand, den Plänen der Großkapitalisten entgegenzutreten, die Auswirkungen zu mildern, die Kapitalisten für die Krise ihres Systems bezahlen zu lassen. In dieser Hinsicht „Zahlenakrobatik" zu betreiben, das würde sich lohnen.

Oberhausen, Bremen, Hattingen:

Großdemonstrationen gegen Thyssens Arbeitsplatzvernichtung

Innerhalb von wenigen Tagen kam es in Oberhausen, Bremen und Hattingen zu großen Demonstrationen gegen Arbeitsplatzvernichtung. Ob es sich um die Stahlwerke in Hattingen und Oberhausen oder um die „AG-Weser"-Werft in Bremen handelt: In allen drei konkreten Fällen geht es um Kahlschlagspläne, die die verschiedenen Thyssen-Sippen ausgeheckt haben (besser gesagt: aushecken ließen). Thyssen Niederrhein, Henrichshütte und Vulkan: Allesamt haben einen Großaktionär Thyssen.

In Bremen beteiligten sich nach verschiedenen Angaben zwischen 6000 und 10000 Menschen am vergangenen Freitag an einer Demonstration für den Erhalt der AG Weser. Nach dem spontanen Streik vom Dienstag vorher und der dort stattgefundenen scharfen politischen Konfrontation der Belegschaft mit dem Bremer Bürgermeister Koschnick (SPD), der für den Schließungsplan mitverantwortlich zeichnet, war dies von der Stimmung der Teilnehmer her mit Sicherheit die politisch klarste. Neben den Werftbelegschaften beteiligten sich auch zahlreiche Bürger des Stadtteils Gröpelingen, in dem die dortige Bürgerinitiative viele Anstrengungen zur Mobilisierung unternommen hatte. Auf der Abschlußkundgebung allerdings, wo unter anderem der IGM-Bezirksleiter vom Steeg sprach, wurde einmal mehr deutlich, daß die IG-Metall-Führung offensichtlich weder bereit noch in der Lage ist, den Widerstand der Werftarbeiterschaft gegen die Pläne der Kapitalisten ernsthaft zu organisieren.

In einem Flugblatt der KPD/Bremen zur Entwicklung bei der AG Weser, das am Dienstag vergangener Woche verbreitet wurde, hieß es dazu: Jetzt hilft nur noch eins: Auf die eigene Kraft vertrauen, den Kampf aufnehmen und nicht mehr auf Senatoren, Sozialpartner und andere Berufsbetrüger vertrauen."

Darin fordert die KPD unter anderem: „Entschädigungslose Enteignung der Bremer Werften! Erhalt aller Arbeitsplätze!" In der Tat eine echte Perspektive, um die Pläne der Thyssen und Co. zu durchkreuzen. Pläne, zu deren Erfüllungsgehilfen sich Leute wie Koschnick längst gemacht haben.

Die Demonstration in den Stahlstädten Oberhausen und Hattingen haben erneut deutlich gemacht, daß jenseits von allem Jonglieren mit Statistiken über Arbeitslosigkeit usw. der Kahlschlag an der Ruhr fortgesetzt wird. In beiden Fällen beteiligten sich sozialdemokratische Bürgermeister an den Demonstrationen, wurde auf den Abschlußkundgebungen von SPD-Prominenz und IG-Metall-Führung über alles mögliche geredet, nur nicht darüber, wie man diesen Plänen, die das Absinken des Ruhrgebiets zum Armenhaus der Republik bedeuten, entgegentreten kann. In beiden Fällen wurde die sozialdemokratische Landesregierung von den Rednern „aus der Schußlinie" gehalten. Ihre Unterstützung für ein schaumgebremstes Kahlschlagprogramm als Alternative zu den Stahlplänen der Deutschen Bank und Thyssen stand nicht zur Debatte.

Offensichtlich gibt es in der Führung der IG Metall die Bestrebung, vor dem Gewerkschaftstag zahlreiche Aktionen durchzuführen, um dem bereits erhobenen Vorwurf zu begegnen, sie täte nichts zur Verteidigung der Arbeitsplätze bei Stahl und Werften. Aber ebenso offensichtlich geht es ihnen dabei auch darum, jede Veränderung des sozialpartnerschaftlichen Kurses, insbesondere die Verstaatlichungsforderung zu verhindern.

Damit arbeitet man natürlich den Plänen der Kapitalisten zu. Ebenso wie die betreffenden verantwortlichen SPD-Politiker, sei es nun Koschnick, Rau oder Dohnanyi. Und so kann es eben in diesem Staat passieren, daß Zehntausende entlassen werden (oder „abgebaut"), nur weil eine superreiche Sippe ihre Manager so angewiesen hat. Für die Kommunisten erneut Anlaß zu sagen, daß ein solches System abgeschafft werden muß, daß die Macht der Thyssen und Co. gebrochen werden muß, daß die soziale Revolution, die diese bedenkenlosen Profitjäger enteignet und entmachtet not tut.

1354 Entlassungen auf dem Tisch

Betriebsbesetzung bei HDW Hamburg?

Am Mittwoch begann an den Hamburger Landungsbrücken ein Hungerstreik der HDW-Frauen, die IG Metall rief dazu auf, in dieser Zeit die Kantine zu boykottieren. Am Dienstag waren — vor der Tagung der Einigungsstelle — dem Betriebsrat 1354 Kündigungen auf den Tisch gelegt worden, gegen die er eine einstweilige Verfügung (bis zur Verhandlung der Einigungsstelle mindestens) erhob.

Ungefähr 80 Prozent der Belegschaft versammelte sich am Dienstag morgen und marschierte zum Verwaltungsgebäude. Dort bekamen sie vom Vorstandsmitglied Rohde zu hören, daß die Anweisung aus Salzgitter und Kiel lautete, bis zum 30. September die Kündigungen auszusprechen, sonst gäbe es kein Geld mehr von den Anteilseignern (siehe dazu auch Arktikel auf Seite 4).

Daraufhin wurde eine Protestresolution verabschiedet und von Donnerstag bis Montag totaler Überstundenboykott beschlossen (mit Streikposten, die ihn am Wochenende überwachen), symbolisch das Tor besetzt.

Die Forderungen sind erhoben: Erhalt aller Arbeitsplätze, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, öffentliche Aufträge aus Bonn und vom Senat und die Verlagerung des Baus eines der drei Schiffe, die in Kiel für die VR China gebaut werden (als kurzfristige Maßnahme). Die beiden letzten Forderungen wollte auch der Vorsitzende der Einigungsstelle Baarz in Bonn, Kiel und beim Senat vertreten.

Am kommenden Montag ist Belegschaftsversammlung. Dort soll unter anderem über einen Marsch zum Rathaus beschlossen werden. Die Stimmen, die eine Betriebsbesetzung fordern, mehren sich stark — und in der Tat wäre dies in der jetzigen Lage die einzige aussichtsreiche Kampfmaßnahme!

Zur „Sicherung der südöstlichen Flanke der NATO":

Drei Jahre Terrorregime in der Türkei

Vor drei Jahren putschte das Militär in der Türkei. Ein faschistisches Terrorregime tritt seitdem sämtliche demokratischen und Menschenrechte in diesem Land mit Füßen. Politischer Mord, Unterdrückung und Folter sind Alltag im Staat der Generäle, die letztlich nur überleben können, weil sie im Sinne und im Auftrag der Machtzentren des „freien Westens", der Herren der NATO handelten und handeln.

Die Faschisten um Kemal Evren behaupten immer, ihr Regime sei notwendig, um den Weg zur Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie in der Türkei zu ebenen. Auf diesem Wege aber werden alle Rechte mehr und mehr abgebaut, Gewerkschaften, politische Parteien sind verboten — nur wer sich der Militärjunta kritiklos anpaßt, darf am — verbliebenen — politischen Leben teilnehmen. So wird die Rückkehr zur Demokratie immer mehr zur Farce.

Aber während in Schauprozessen gegen tausende politische Gefangene ein wahrer Vernichtungsfeldzug geführt wird, das Kurdenproblem durch nackte Gewalt und Völkermord gelöst werden soll — sind die NATO-Staaten und allen voran die Bundesregierung „zuversichtlich", was die Entwicklung in der Türkei betrifft.

Für die Sicherung der Südostflanke der NATO, für ihr aggressives Militärbündnis sehen die Politiker über den mörderischen Alltag der Diktatur hinweg. Und mehr noch — sie unterstützen diesen Staat mit Milliarden Mark und Milliarden Dollar. Und machen manchen politischen Deal mit den faschistischen Militärs. Sie opfern demokratische Rechte und Menschen, um sich die Freundschaft der Henker von Ankara zu erhalten.

Der Fall Cemal Kemal Altun zeigte nur die Spitze des Eisbergs. Es gibt viele Gründe zum dritten Jahrestag des Putsches der Militärs in der Türkei auf die Straße zu gehen.

Demonstration gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei
Samstag, 10. September
Köln, Ebertplatz
Beginn: 10.30 Uhr

Protestdemonstration am 18. September in Bonn

DGB-Frauen protestieren gegen Sozialabbau

Die Abteilung Frauen beim DGB-Bundesvorstand hat für Sonntag, den 18. September 1983, zu einer Protestdemonstration in Bonn gegen die frauenfeindliche Politik der Bundesregierung aufgerufen. Speziell geht es hier gegen die geplanten Kürzungen beim Mutterschaftsurlaub und -geld und im Rentenbereich.

Bemerkenswert daran ist, daß dies die erste (!) Aktion seit der „Wende" am 6. März gegen den von der Kohl-Regierung in brutalstem Ausmaß geplanten Sozialabbau ist, die von den Gewerkschaften getragen wird.

Vorausgegangen war dem Aufruf zur Demonstration am 18.9. ein Flugblattaktion der IGM-Frauen (ebenfalls das erste Flugblatt, das auf Vorstandsebene gegen die Kürzungen im sozialen Bereich herausgegeben wurde).

Die Werbung für diese Demonstration läßt bisher allerdings einiges zu wünschen übrig:

Der Demonstrationsaufruf wurde in so geringer Auflage gedruckt, daß nur ein „Insider"-Kreis, nicht mal alle Funktionäre, über die Demonstration Bescheid weiß. Auch die Tatsache, daß sich der DGB-Bundesvorstand, bevor er endgültig den Beschluß über die Demo faßte, sich eine Mindestteilnehmerzahl aus den einzelnen Orten bestätigen ließ, läßt den Schluß zu, daß der Bundesvorstand bei der ganzen Sache sehr halbherzig angeht.

Wir rufen unserer Leser auf, möglichst zahlreich an dieser Demonstration teilzunehmen (von allen größeren Orten fahren Busse, von den Einzelgewerkschaften organisiert) und nocht kräftig die Werbetrommel zu rühren.

P.S.: Diese Demonstration ist nicht nur für Frauen!

IG Bau — Führung auf Konfrontationskurs

Heftige Proteste im Stuttgarter IG BSE-Bezirk

Versammlung abgebrochen

Samstag vergangener Woche fand der außerordentliche Bezirksverandstag der Industriegewerkschaft Bau Steine Erden des Bezirks Stuttgart statt. Seitdem der Bundesvorstand Ende Februar selbstherrlich den Stuttgarter Bezirksvorstand abgesetzt hatte, war eine solche Versammlung immer wieder gefordert worden — bis sie gerichtlich verfügt wurde.

Auf der Versammlung selbst machten die Beauftragten des Bundesvorstandes sehr schnell deutlich, daß sie weder diskussionsbereit noch kompromißwillig waren. Keiner der Anträge auf Zulassung des Geschäftsführers Schramm bzw. einer Vertrauenserklärung für ihn wurden zugelassen.

Verhindern konnten sie eines nicht: Daß mit überwältigender Mehrheit der 93 Delegierten aus zehn Ortsverbänden der alte Bezirksvorstand wiedergewählt wurde, der dann die Versammlung weiterführte, als sie von den Beauftragten des Bundesvorstandes beendet wurde. Sowohl der seitherige kommissarische Geschäftsführer des Bezirks Schulz als auch der stellvertretende Bundesvorsitzende Herforth, der als Beobachter anwesend war, machten dabei immer wieder deutlich, daß sie nicht bereit sind, sich um den Willen der Mitglieder zu kümmern, sondern weiter auf Konfrontation gehen. Dabei wollte Herforth der Presse gegenüber noch nicht einmal ausschließen, daß der Bundesvorstand, wenn der Bezirksverband nicht kuscht, auch zur Spaltung der Gewerkschaft übergehen könnte, den Bezirksverband aufzulösen und sich sozusagen eine neue Mitgliedschaft zu wählen.

Nach dem Gerichtstermin am 16. September wird man sehen, wie es sich damit verhält. Dann wird in Frankfurt entschieden, ob die Klage des Stuttgarter Bezirksvorstandsmitglieds Röhm gegen das Verfahren bei der damaligen Wahl des Bundesvorstands zu Recht bestand, die Auslöser der ganzen Auseinandersetzung war. Wie auch immer: Der ganze Vorgang ist ein Beweis dafür, was den Bundesvorständlern der IG BSE die ansonsten so oft beschworene gewerkschaftliche Demokratie wert ist: einen feuchten Kehricht.

Dieser neue Aufkleber auf Kunststoffolie (Rot/Schwarz) ist zum Preis von 1,— DM zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30. Tel.: (0231) 433691.

Der Erlös aus dem Verkauf dieser Kleber wird zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei verwandt.

RETTET DAS LEBEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER TÜRKEI

Herstatt-Prozeß:

Die großen Gauner feiern krank

Der vorläufig letzte Prozeß im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank ging letzte Woche zu Ende. Vor Gericht erschienen und verurteilt worden sind allerdings nur untere Chargen. Die wahren Verantwortlichen für die Milliardenspekulationen und den Bankenkrach kamen nicht — sie waren angeblich allesamt einem Prozeß gesundheitlich nicht gewachsen...

Devisenhändler Danny Dattel ist angeblich wegen eines „frühkindlichen Verfolgungsschicksals im KZ Auschwitz" auf Dauer prozeßunfähig. Nach Einstellung des Verfahrens gegen ihn kann man ihn allerdings sehr fröhlich und lebenslustig erleben.

Iwan Herstatt, Privatbankier und Namensgeber des zusammengebrochenen Unternehmens, ist ebenfalls dauernd prozeßunfähig geschrieben. Ihm droht angeblich ein Herzinfarkt. Auf Urlaub in Capri, beim Baden in Rottach-Egern, als Repräsentant einer Sektfirma gibt er sich jedoch äußerst spritzig.

Mehrheitsaktionär und eigentlich starker Mann bei Herstatt, Versicherungschef Hans Gerling — das Gericht schrieb ihm eine „Cäsaren-Mentalität" zu — gibt sich schwer herzkrank. Er war zwar gesund genug, an Aufsichtsratssitzungen in Toronto und New York teilzunehmen, nicht aber am Prozeß in Köln. Plausible Erklärung: Der Aufsichtsrat regt ihn nicht so auf. Ein entsprechendes Attest für seine flexible Krankheit kann er natürlich auch vorweisen. Vorläufig hält er sich sicherheitshalber in der Schweiz auf.

So machen's bei uns die großen Galgenvögel. Sie bringen kleine Leute um ihr Geld, lassen sich dann krankschreiben und genießen, dem Zugriff der Justiz entzogen, Narrenfreiheit. Da kann der kleine Malocher nur vor Neid erblassen. Oder zusehen, daß wir solche Schmarotzer endlich loswerden...



1. Jahrestag des Massakers von Sabra und Shatila

Veranstaltung des Palästinensischen Arbeitervereins

Am 16.-18. September jährt sich zum ersten Mal das Verbrechen an dem palästinensischen Volk in den Lagern von Sabra und Shatila.

- Wie ist es dazu gekommen?
- Was waren die Ursachen?
- Inwieweit waren die Israelis an dem Massaker beteiligt?
- Wie gefährlich ist das Leben in den palästinensischen Flüchtlingslagern; kann ein zweites Massaker verhindert werden?
- Welchen Einfluß hat die israelische Friedensbewegung auf die israelische Politik vor und nach dem Massaker?
- Die Aktivitäten der westdeutschen Friedensbewegung beschränken sich auf die Stationierung amerikanischer Raketen in Mitteleuropa. Warum ignoriert die Friedensbewegung die politische und militärische Einmischung Amerikas im Nahen Osten?

Aus diesem Anlaß zeigen wir eine Bilderausstellung, eine Film- und Diavorführung, geben Informationen und fordern zur Diskussion auf.

Ort und Termin der Veranstaltung:
Freitag, den 16.9.1983, 14.00 Uhr
im PAV-Club, Brennerstraße 12, 2000 Hamburg 1

Jetzt aber seid ihr Machtanbeter und Mörder geworden
und werft Bomben auf eure Opfer wenn sie sich wehren
ihr vertreibt die Machtlosen aus ihren niederen Hütten
ihr kommt rasselnd in rasenden Panzern
ihr laßt Sprühgift
aus euren Flugzeugen regnen
nieder auf unsere Felder
und euer Napalm auf unsere Frauen und Kinder
Glaubt ihr denn eure Toten würden euch wiedererkennen
versteckt in eure Panzer und Kampfflugzeuge?

Erich Fried

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

In der letzten Woche ging nur eine Spende bei uns ein, von:
W. und E. A. aus Müden 100,— DM
Damit haben wir bisher 14083,30 DM für den „Roten Morgen" gesammelt. Schlußfolgerung?

Der RM, der RM braucht noch viel DM!

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420 - 467

Tränen, mit denen Politik gemacht wird. Nicht zum ersten Mal, bestimmt auch nicht zum letzten.

Trauer und Empörung mischen sich mit Haßpropaganda und Kriegshetze. Natürlich: Man kann sich jetzt auf den Standpunkt stellen, das könnte ja mal vorkommen ... Ebenso natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, das sei mal wieder typisch.

Weder das eine noch das andere ist richtig. Eine Armee, die dermaßen darauf gedrillt ist, zu schießen, daß sich Soldaten und Offizieren nicht scheuen, auf ein Passagierflugzeug zu feuern, zeigt ihren Charakter als imperialistische Armee deutlich. Es ist ja dieselbe sowjetische Armee, die in Afghanistan im Namen des angeblichen Fortschritts einem Volk ein System aufzwingt.

269 Tote für die NATO?

Da ist es einfach kein Argument, mit Rechtsvorschriften und Bestimmungen zu versuchen, dieses Vorgehen zu rechtfertigen. Es ist das Vorgehen einer imperialistischen Armee, geprägt von Menschenverachtung, Zynismus und Kadavergehorsam. Vielleicht mag ja ein Herr Andropow tatsächlich nicht sehr darüber erfreut sein (und vielleicht auch andere in Moskau und anderswo umso mehr, was aber müßig ist auszuspekulieren), aber in diesem Sinne haben die Revisionisten die frühere Rote Armee nun eben mal umgebildet.

Das festzustellen heißt noch lange nicht, wie die ständigen Nachbeter jeder revisionistischen Moskauer Propaganda stets sofort behaupten, mit einem Reagan und einem Kohl in einer Reihe zu stehen. Eine solche Herangehensweise wäre ihnen natürlich allzu recht, denn dann könnten sie endgültig tun und lassen, was sie wollen.

Natürlich haben die Reagan und Kohl kein Recht, sich heuchlerisch als Menschenfreunde darzustellen. Die Gründe, die man dafür angeben kann: Sie würden diese ganze Zeitung füllen. Reagan bringt mit seiner Politik weltweit jeden Tag wohl mehr als 269 Menschen ums Leben, und ein Kohl unterstützt dies beflissen.

Um von der Politik der Bundesregierung erst gleich gar nicht ausführlich zu reden, sei beispielsweise nur der Schießdrill der Polizei zu erwähnen, der nun wahrlich immer mehr Menschen das Leben kostet.

Aber die westlichen Imperialisten nützen dieses Vorgehen der sowjetischen Armee natürlich weidlich aus. Ohne Zweifel hat dieser Flugzeugabschuß dazu geführt, daß eine beträchtliche Zahl von Menschen, die begonnen hatten, die Hochrüstungspolitik der BRD zu kritisieren, zu verurteilen, oder die in ihrer Meinung schwankend geworden waren, wieder in die Fänge der Propagandisten der Aufrüstung und des — vorerst — kalten Krieges zurückgetrieben wurde. Gerade deshalb genügt es nicht, den mörderischen Abschuß zu kritisieren, zu verurteilen. Sondern gerade deshalb muß man auch den Vergleich zu den Taten im Verantwortungsbereich dieser selbsternannten „Menschenfreunde" in Washington und Bonn ständig ziehen. Zeigen, daß dies eine Schule, eine Vorgehensweise ist.

Aufzeigen muß man aber auch, daß dieser Abschuß auch ein Ergebnis der bereits vollzogenen und gegenwärtig ablaufenden Aufrüstung der imperialistischen Mächte ist. Wenn jeder Flugkörper am Himmel eine Bedrohung sein kann, wenn zu Wasser, zu Lande und in der Luft gigantische Waffenarsenale bereit stehen, wenn Hysterie geschürt und gepredigt wird, wenn immer mehr Gegenden militärisches Sperrgebiet werden, Warnzeiten kürzer, Objekte schneller werden: Dann wird die Hemmschwelle zum Feuerbefehl herabgesetzt.

Mit der Trauer der Angehörigen wird nun Politik gemacht — die einen schaukeln sie hoch, die anderen wollen sie herunterspielen. Bundesdeutschlands oberstes Revolverblatt wie immer vorneweg, daß man meinen könnte, sie waren dabei.

Die ganze sogenannte Abschreckungspropaganda wird nun verstärkt serviert — sie muß bekämpft werden. Wenn unsere Partei für einseitige Abrüstungsmaßnahmen eintritt, so doch ganz gewiß nicht deshalb, weil wir die UdSSR für eine Friedensmacht halten. Sondern weil dies zum einen der einzig gangbare Weg ist, etwas zu erreichen, indem man aus den taktischen Winkelzügen der imperialistischen Blöcke herauskommt. Und, weil wir dafür sind, daß die westdeutsche Kapitalistenklasse, die oft genug, nicht nur in der Geschichte sondern auch in der Gegenwart, ihren Charakter gezeigt hat, nicht noch mehr Waffen an die Hand bekommt, sondern weniger. Und da gibt es keinen Grund zurückzustecken, auch wenn die Überzeugungsarbeit durch dieses Ereignis bestimmt nicht leichter geworden ist.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH. 46 Dortmund 30. Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb. 46 Dortmund 30. Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Tausende auf den Straßen



Westberlin



Köln



Hamburg



Dortmund

Es gibt viele Arten
zu töten.
Man kann einem
ein Messer
in den Bauch stechen,
einem
das Brot entziehen,
einen
von einer Krankheit
nicht heilen,
einen in eine
schlechte Wohnung stecken,
einen
zum Selbstmord treiben,
durch Arbeit
zum Tode schinden,
einen
in den Krieg führen
usw.
Nur weniges davon ist
in unserem Staate verboten.

Bert Brecht

Es gibt viele Arten zu töten ... Die Politik dieses Staates tötet. So, wie es Bert Brecht vor vielen Jahren im Gedicht beschrieb. So ist auch Kemal Altuns Tod nicht einfach ein Selbstmord, kein „Freitod". Kemal Altun wurde getötet. Wenn auf zahlreichen Demonstrationen die Parole „Zimmermann — Mörder" auftauchte, dann ist das genau so gemeint, dann ist das auch genau so richtig. Daß diese Parole vor dem Bonner Innenministerium unverwünscht war und entsprechende Trageschilder einen Polizeieinsatz und Beschlagnahme herausforderten, verwundert nicht. Mörder haben Angst vor der Wahrheit, haben Angst, vor der Öffentlichkeit namhaft gemacht zu werden, und wenn sie sich bewaffneter Banden bedienen können, dann tun sie das auch. Im übrigen werden weitere Tötungen in Kauf genommen.

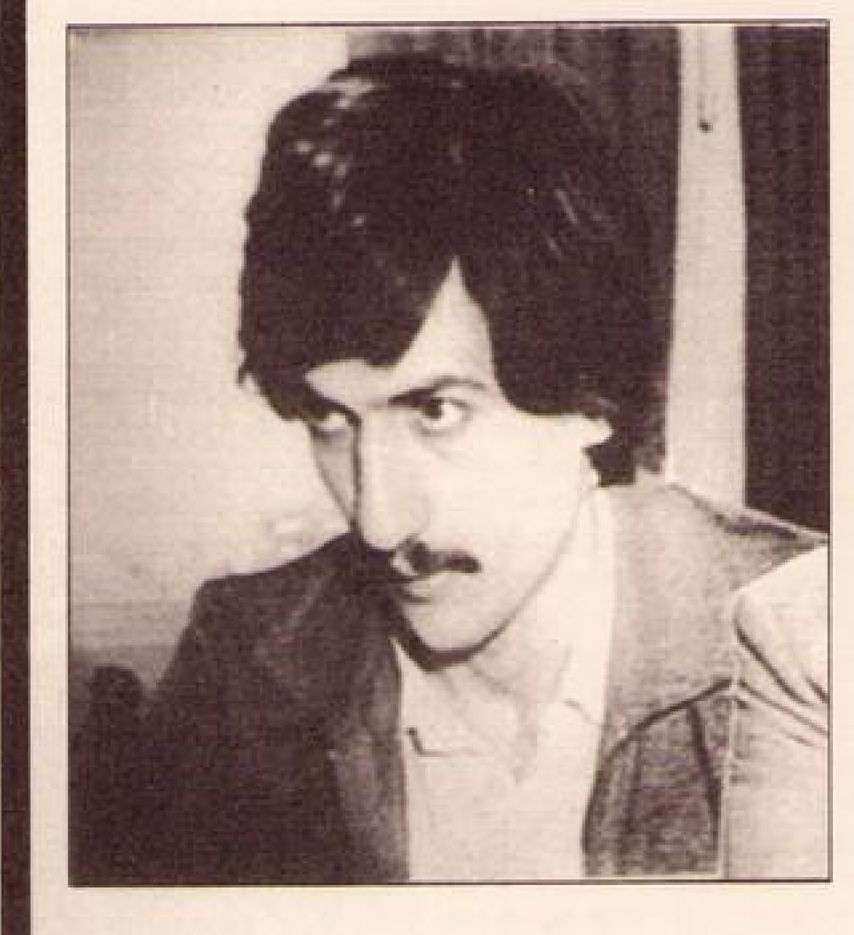
Das Brecht-Gedicht entnahmen wir einer Erklärung von Mitgliedern des türkisch-kurdisch-deutschen Solidaritätskomitees und anderer Antifaschisten aus Dortmund. In Dortmund wurde, nachdem es bereits am Nachmittag des 30. August eine Demonstration von ca. 200 Menschen gegeben hatte, am 2.9. das Dortmunder Parteibüro der CDU besetzt.

Nur wenige der zahlreichen Aktivitäten, die Antifaschisten im ganzen Land nach dem Tod Kemal Altuns entfalteten, konnten wir hier dokumentieren. Wo immer es möglich war, haben sich Genossen der KPD und der KJD daran beteiligt und sie mitorganisiert.

Es ist jetzt viel von der „Sensibilisierung der Öffentlichkeit" die Rede. Eins steht fest: Kemal Altuns Tod hat die menschenfeindliche Praxis der Regierung tatsächlich ins Gespräch gebracht. Wir sagen: Kemal Altun darf nicht umsonst gestorben sein. Verstärken wir unseren Kampf, im Sinne des Ausländerprogramms unserer Partei, zusammen mit anderen Antifaschisten, gegen diese Politik, für ein demokratisches Asylrecht, für die Gleichberechtigung von Ausländern und Deutschen in der Bundesrepublik, gegen die Türkei-Hilfe und die Zusammenarbeit mit faschistischen Regimes.

Bereiten wir uns jetzt auf schlagkräftige Aktionen gegen die geplante noch reaktionärere Neufassung des Ausländergesetzes durch Zimmermann und Co. vor.

Kemal Altun
In den Tod getrieben!
Sagen Sie jetzt nicht, Sie haben das nicht gewollt, Herr Zimmermann!



Nachdem Kemal Altun ein Jahr lang ständig mit der Drohung lebte, an das faschistische Regime der Türkei ausgeliefert zu werden, stürzte er sich am 30. 8. 83 aus dem Fenster eines Gerichtssaales ...

Beteiligt euch an den Protestaktionen!
Zimmermann muß zurücktreten!

KPD **KJD**

Zimmermann — Lügner! Zimmermann — Schreibtischmörder! Zimmermann muß weg!

Die bereits einen Tag nach dem Tod Kemal Altuns bekanntgewordenen Einzelheiten über die Art und Weise, wie sich Bundesinnenminister Zimmermann für die Auslieferung des politischen Flüchtlings an die türkische faschistische Regierung stark gemacht hat, weisen ihn aus als

Lügner.

Denn bisher hatte er stets bestritten, in diesem Fall und in Ausweisungsverfahren überhaupt derart engagiert und sogar die treibende Kraft gewesen zu sein. — Die Umstände weisen ihn aus als

Schreibtischmörder.

Denn aus seinem Schreiben an den Bundesjustizminister Engelhardt geht unzweideutig hervor, daß es ihn überhaupt nicht interessiert, ob hier ein politisch Verfolgter seinen Verfolgern, international bloßgestellten Folterern und Mördern, in die Hände geliefert wird. Was ihn interessiert, ist vielmehr eine „nach wie vor gute Zusammenarbeit mit der Türkei auf polizeilichem Gebiet". Es fließen ja auch reichlich D-Mark zur Stärkung der faschistischen Polizeitruppen in die Türkei. — Zimmermann entlarvt sich immer mehr als skrupelloser

Faschistenfreund.

„Belastungen des deutsch-türkischen Verhältnisses" wären im ein Greuel. Dabei geht es ihm nicht um Menschen, sondern um Profite und militärische Interessen. Menschen, vor allem türkische Menschen, sind ihm gleich. Türkische Arbeiter in der Bundesrepublik sollen deshalb nach seinem Willen, soweit man sie überhaupt noch duldet, wie der letzte Dreck behandelt werden. Und schließlich hat er sich das Stillhalten des Juntaführers Evren zu der geplanten Abschiebepolitik großen Stils, die er gegenüber unseren aus der Türkei stammenden Mitbürgern und ihren Familien plant, die durchaus auch die Wirtschaft und die ganze soziale Situation in der Türkei belasten, auch dadurch erkauft, daß er ihm reibungslose Zusammenarbeit auf politischem Gebiet und bei der Verfolgung antifaschistischer, demokratischer und revolutionärer Kräfte aus der Türkei auch im Bundesgebiet zugesichert hat. — Dieser Mann ist für unser Land ein

Schandfleck

besonderen Ausmaßes. Ein Mann solcher Gesinnung und Skrupellosigkeit als Innenminister, als „Hüter der Verfassung"? Da kommt einem das Grausen. Das läßt ahnen, wohin wir in der Bundesrepublik selbst wieder steuern.

Dieser Mann muß abtreten!

Sicher hängt der innenpolitische Kurs der Regierung nicht an der Person Zimmermanns. Personen sind austauschbar. Wir wissen auch, daß Justizminister Engelhardt Zimmermanns Kurs zu seinem eigenen gemacht hat. Und daß Außenminister Genscher ein Heuchler ist. Aber hier muß ein Signal gesetzt werden. Sofort nach dem Tod Kemal Altuns hat die KPD die Forderung nach dem Rücktritt von Zimmermann gestellt, die Grünen, die Volksfront, zahlreiche andere politische Organisationen und Kräfte haben das ebenfalls getan. Wir halten an dieser Forderung fest. Wenn die Bundesregierung an Zimmermann festhält, offenbart sie damit, daß sie auch den Zimmermannschen Kurs weitersteuern will. Einer solchen Regierung gilt die kompromißlose Ablehnung jedes aufrechten Demokraten. Wir Kommunisten kämpfen für ihren Sturz. Dietrich Lohse

30. September — Ende der Fahnenstange

Am 29. August verbreitete die „Kollegengruppe HDW“ (RGO Betriebsgruppe in der IG Metall) bei HDW in Hamburg ein Flugblatt, das wir im folgenden auszugsweise wiedergeben. Bei HDW in Hamburg fällt faktisch in diesen Tagen die Entscheidung darüber, ob der Vorstand sein Konzept durchsetzen kann, oder ob genügend Gegenwehr zustande kommt, um dieses zu verhindern. Am Mittwoch Betriebsversammlung (nach Redaktionsschluß), der Hungerstreik der Frauen, die Auseinandersetzung um Kampfaktionen. Deshalb heißt das Flugblatt auch „30. September — Ende der Fahnenstange“, weil im September diese Entscheidungen fallen. Natürlich spielt dabei die Haltung der IG Metall, die sich bisher faktisch stets geweigert hat, Widerstandsaktionen zu organisieren, eine wichtige Rolle. Aber auch der Hamburger SPD-Senat, wenn auch nicht so drastisch und offensichtlich wie es in Bremen der Fall war, deckt mit seiner Haltung die Pläne der Werftkapitalisten ab. Wir werden im nächsten „Roten Morgen“ ausführlich berichten.

Bis Ende September will der Vorstand der HDW in Kiel und Hamburg die Kündigungen zumindest für die Angestellten verschickt haben. Bis zum 31. Dezember soll die Kündigung **jedes Zweiten** von uns abgeschlossen sein. Wegen der Kündigungsfristen zwischen einer Woche und drei Monaten soll der 30.09. der Stichtag sein.

Dem Betriebsrat wurden bisher nur unvollständige Personalplanzahlen vorgelegt. Aus diesen Zahlen ergibt sich:

Einschließlich von 120 Azubis (bisher über 380!) sollen nur noch 1988 von uns weiter auf der HDW arbeiten „dürfen“ — 732 Angestellte und Gemeinkostenlöhner und 1136 Arbeiter. Das heißt: Nach dem Personalstand vom 30. Juni sollen fast 800 Angestellte und Gemeinkostenlöhner und über 1000 Fertigungslöhner entlassen werden. **Jeder Zweite verliert seinen Arbeitsplatz!**

- Besonders betroffen ist natürlich der Schiffbau. Obwohl schon weit über 100 Kollegen „freiwillig“ gegangen sind, sollen dort von drei Kollegen zwei entlassen werden.
- Aber auch in den Ausrüstungswerken soll mindestens jeder dritte Kollege gehen.
- In Bordmontage sogar mehr als jeder zweite!
- Selbst im Maschinenbau sollen fast 100 Kollegen rausfliegen! usw. usw.

Wer heute seinen Arbeitsplatz verliert, der ist **auf Jahre arbeitslos!**

Deshalb ist es jetzt eine Minute vor zwölf!

Durch den Mehrheitsbeschluß des Betriebsrates, Beschwerde gegen die Bestellung der Einigungsstelle einzulegen, ist vielleicht noch einmal Luft geschaffen, aber nur für ein bis zwei Wochen. Es ist zu befürchten, daß der Vorstand schon bevor überhaupt Verhandlungen in der Einigungsstelle stattfinden, versuchen wird, durch Veröffentlichung von Namenslisten oder gar Verschickung von Entlassungsbriefen, uns zu spalten und kampfunfähig zu machen. Jetzt heißt es aufpassen.

Kein Kollege, der von Kündigung bedroht wird, darf in Panik oder Resignation verfallen — noch gilt die gesetzlich vorgeschriebene „soziale Auswahl“.

Kein Kollege soll glauben, daß er aus dem Schneider ist und sich zurückziehen kann. Jetzt müssen wir alle gemeinsam aufstehen.

Jeder Zweite soll **heute** gehen. Schon **morgen** sind die anderen dran, wenn es uns jetzt nicht gelingt, die Kahlschlagpläne der HDW-Bosse zu stoppen.

Unsere IG Metall hat zwar ein Gegenkonzept erarbeitet, das sich zum Ziel setzt, die Arbeitsplätze zu erhalten, aber Voraussetzung für jedes Gegenkonzept ist die Rücknahme des „Unternehmenskonzeptes ’83“ durch Vorstand und Anteilseigner.

Und dies kann (und will?) der Hamburger Senat nicht erreichen. Dies kann auch der Betriebsrat nicht erreichen. Dies kann die Einigungsstelle bzw. der Vorsitzende Baarz auch nicht erreichen. Dies kann **nur** der Kampf der Belegschaft erreichen. Jetzt ist der letzte Termin für Kampfmaßnahmen. Jetzt muß der Überstundenboykott beginnen. Jetzt müssen Vorbereitungen für den **unbefristeten Streik** getroffen werden. Machen wir uns nichts vor:

- Ohne diesen Streik erreichen wir **nichts**; nicht einen einzigen Arbeitsplatz werden die Verhandlungen sichern; im Gegenteil — ohne unseren Widerstand werden Nadler, Wieske, Kaltner & Co. versuchen, uns in die fünfziger Jahre zurückzustoßen.
- Nur in einem Streik wird die notwendige Öffentlichkeit erzwingen und den notwendigen politischen Druck erzeugen, um das Konzept zu kippen!

Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht. Aber, wer ins Wasser gestoßen wird, der wird schwimmen müssen, sonst geht er garantiert unter.

Aber die IG Metall, warum unterstützt sie uns nicht?

Sie **wollen** den Kampf nicht, Loderer, Otto vom Steeg, die Mehrheit in der Ortsverwaltung und die Mehrheit der VK-Leitung. Das ist erbärmlich, aber leider Fakt.

Aber wer ist den die IG Metall? Das sind doch wir — die Mitglieder.

Fordern wir massiv die Unterstützung durch die IG Metall — **jetzt** muß es Streikgeld geben. Der Kampf für die 35-Stunden-Woche 1984 kommt sonst für uns zu spät!

Aber, bereiten wir uns vor, den Kampf selbst in die Hand zu nehmen. Wenn wir im Streik stehen, dann werden wir die Kapitulanten in der IGM-Führung zum Handeln zwingen können.

Ab heute sind Branchenversammlungen!

- Rücken wir enger zusammen — lassen wir uns nicht spalten!
- Sagen wir dem Vorstand in jeder Beziehung den Kampf an!
- Verhindern wir jede Art von Demontage!
- Keiner darf sich mehr ‚freiwillig‘ seinen Arbeitsplatz abkaufen lassen.
- Beschließen wir als ersten Schritt den **Überstundenboykott!**
- Fordern wir **massiv** Unterstützung von der IG Metall.

Auf der 8. Schiffbaukonferenz der IGM in Hamburg regte der BR-Vorsitzende vom Bremer Vulkan Fritz Bettelhäuser an, auf **allen** norddeutschen Werften einen Überstundenboykott zu organisieren. Diese zeitlich begrenzte Aktion soll Auftakt sein im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze auf den Werften und um die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Mit dieser **Kampfmaßnahme** auf **allen** norddeutschen Werften zeigte Otto vom Steeg — Bezirksleiter der IGM — wenig Sympathie. „Das ist Sache der Betriebsräte“ und damit war für Steeg die Sache abgetan.

Dieser Vorschlag einer **gemeinsamen** Aktion auf allen norddeutschen Werften war auf der Werftarbeiterkonferenz am 13. August in Hamburg diskutiert worden und man (Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte von acht Werften) einigte sich darauf, einen gemeinsamen Überstundenboykott ins Auge zu fassen. Die Führung der IGM sollte dafür gewonnen werden — wie in der Regel bei allen **Kampf**maßnahmen zeigten Steeg und Loderer kein Interesse!

Unsere Meinung: Einen Überstundenboykott als **zeitlich begrenzte** Aktion im Kampf um unsere Arbeitsplätze halten wir für sehr gut. Es darf nicht angehen, daß wir trotz Kurzarbeit und Entlassungsmaßnahmen weiterhin für die Schiffbaubosse Mehrarbeit leisten. Durch einen Boykott kommen wir wieder zu einer **gemeinsamen Aktion** im Betrieb, die Auftakt sein muß zum entscheidenden Kampf um jeden zweiten Arbeitsplatz bei HDW in Hamburg.

Auch wenn die führenden IGM-Funktionäre sich erneut weigern, diesen Boykott auf allen Werften zu organisieren — er muß zustandekommen.

Deshalb werden sich Vertrauensleute und Betriebsräte verschiedener Werften erneut treffen, um die Voraussetzungen für ein gemeinsames Vorgehen auf **möglichst vielen** Werften zu beraten.

Entscheidend ist, daß die Belegschaften, daß wir selbst bereit sind, auch **von uns aus** diesen Boykott zu tragen.

Betriebsrat und Vertrauenskörper aber müßten hier deutliche Zeichen setzen!

Solange die Schiffbaubosse Entlassungen durchführen:

Acht Stunden am Tag sind schon zuviel: Überstundenboykott!

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Der SPD-Senat — Eiertänzer

Am 30. August will der Senat noch einmal über uns beraten. Dann ist Dohnanyi bereit, einige Betriebsräte zu empfangen.

Einen Arbeitskreis haben sie gebildet, nur hat der keine Entscheidungsbefugnisse und hat bisher auch nicht getagt.

So ernst nehmen die SPD-Senatoren **unsere** Probleme.

Nichts Konkretes haben sie bisher für uns beschlossen. Sie überlassen uns der CDU-Politik in Land und Bund. Hauptsache mit einem blauen Auge aus dieser unangenehmen Sache herauskommen.

Jetzt muß dieser Senat gestellt werden:

- Dem gesamten Betriebsrat muß der Senat sein Konzept vorlegen (sofern er überhaupt eines hat!)
- Unsere Forderungen sind klar. Sie sind mehrfach vom Betriebsrat beschlossen und teilweise auch von der IG Metall unterstützt worden.

1. Beteiligung der Stadt Hamburg an der HDW — Verwendung der Kaufsumme zum **Erhalt** der Arbeitsplätze;
- 2. Subventionierung von Schiffsneubauten oder anderen schiffbaulichen Großprojekten — mit Arbeitsplatzgarantie mindestens bis 1986;

3. Öffentliche Aufträge — sofort!

Alles andere ist Augenwischerei!

Streik auf der Lisnave-Werft

So wird es gemacht!

Für den halben April und den ganzen Mai hatten die 6500 Arbeiter und Angestellten auf der Lisnave-Werft in Lissabon schon keinen Lohn erhalten, obendrein sollten noch 2000 ihren Arbeitsplatz verlieren. Das war zuviel. Mitte Juni traten die Kollegen geschlossen in den Streik — unterstützt von ihren sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften.

Die Tore wurden besetzt und somit der Zugang zur Werft kontrolliert. Jeden Tag wurde angestempelt und die Belegschaft erschien vollzählig. Der griechische Tanker „Doris“ war ausdockbereit. Dies mußte verhindert werden. So wurde das Dockton zugeschweißt. Die Administration der Werft machte Angebote, doch die reichten den Kollegen nicht aus. Konsulate der verschiedenen Nationen der Auftragsreedereien (Griechen, Holländer, Iraker) wurden bei der portugiesischen Regierung vorstellig. Der griechische Reeder klagte vor Gericht auf Freigabe der „Doris“ — mit Erfolg. Die Werftarbeiter jedoch weigerten sich. Da besetzten morgens um fünf Uhr Polizei und Sonderpolizei die Werft. Es kam zu Auseinandersetzungen und die Werftarbeiter legten den Verkehr lahm. Die Ausdockung der „Doris“ konnten sie nicht verhindern. Danach zog die Polizei wieder ab.

Gemeinsam mit den anderen Werftarbeitern demonstrierte die Lisnave-Belegschaft zum Regierungspalast.

Auf dem Werksgelände erschienen Frauen und Kinder.

Die Werftadministration machte neue Angebote, die wiederum von den Gewerkschaften abgelehnt wurden.

Jetzt wollte auch der holländische Reeder klagen.

Da gab die Werftverwaltung nach. Ergebnis: Volle Nachzahlung des Lohnes und Garantie, daß für die nächsten drei Jahre keine Entlassungen erfolgen.

Ein voller Erfolg!

Und dies, obwohl die Kollegen keine Streikunterstützung erhielten.

Wir sollten uns die portugiesischen Kollegen zum Vorbild nehmen. Auch wenn wir nicht wie auf der Lisnave-Werft acht Schiffe als Pfand nehmen können — wenn wir auf der **Staatswerft** HDW streiken, dann ist dies Druckmittel genug!

Die MAN- und HDW-Frauen kämpfen weiter!

Korrespondenz aus Hamburg

Am Samstag, den 27. August, hatten die HDW- und MAN-Frauen zu einem Informations- und Diskussionsnachmittag ins Gewerkschaftshaus geladen. Sie berichteten von den Aktivitäten, die sie bisher entfaltet hatten und natürlich auch, weshalb sie sich überhaupt zusammengeschlossen hatten.

Der Anfang war eigentlich der erste Streik auf HDW. Die Frauen hatten sich überlegt, was aus ihren Familien würde, wenn ihre Männer ihre Kündigung bekämen. 15,— DM pro Tag für eine fünfköpfige Familie für Essen, Kleidung und sonstige Bedürfnisse? Nein, das war untragbar. Also ganz einfach, die Werft muß mitsamt dem Schiffneubau erhalten bleiben. Das würde zum einen die Arbeitsplätze auf der HDW und zum anderen auch die des Zulieferers MAN einigermaßen sichern. MAN hat schon 400 Leute entlassen, bei HDW wurden bislang 500 Leute über einen Sozialplan nach Hause geschickt, weitere 2000 Entlassungen stehen an.

Natürlich haben sich die Frauen die Forderungen ihrer Männer zu eigen gemacht, sie wollen auch die 35-Stunden-Woche ohne Lohneinbuße, und zwar jetzt. Alle Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben; dazu muß der Schiffsneubau subventioniert werden. Auch im Bereich Umweltschutz ist viel zu tun: Anlagen zur Klärschlammbeseitigung, Wasserentsalzungsanlagen u.ä. könnten z.B. gebaut werden. Da sind aber die Politiker gefordert. Dazu gab es einen offenen Brief an Bürgermeister v. Dohnanyi, den dieser nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Also gingen die Frauen in die Bürgerschaft. Bei der dort stattfindenden Haushaltsdebatte sollte geklärt werden, ob der Senat Gelder bereitstelle, um die Arbeitsplätze zu sichern. Die Abgeordneten hatten jedoch kein Interesse an einer Debatte darüber und Geld für HDW war schon gar kein Thema. Die Frauen entfalteten daraufhin ihr Transparent, warfen von der Tribüne Flugblätter ins Parlament und die Frau des Betriebsratsvorsitzenden Mahler ging zur Rednertribüne, um ihre Forderungen vorzutragen. So wollten sie auf ihre Belange aufmerksam machen.

Drei der Frauen wurden herausgegriffen und bei der politischen Polizei vorgeladen. Sie hätten ein gesetzgebendes Organ gestört, ein Vergehen, das mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr geahndet wird. Senatspräsident Schulz will die Anzeige nur zurückziehen, falls sich die Frauen bei ihm entschuldigen. Die drei, wie auch die übrigen Frauen, sehen allerdings einem möglichen Prozeß gelassen entgegen. Zwar hatten sie zuerst gar nicht an irgendwelche Folgen gedacht, doch einschüchtern lassen sie sich durch diese Kriminalisierung schon gar nicht. Die strafrechtliche Verfolgung macht nach ihrem Eindruck gar keinen Sinn, denn die Sache wird eher ins Gegenteil umschlagen. Solch ein Prozeß bietet doch gute Möglichkeiten, an die Öffentlichkeit zu gehen und Solidarität für den Kampf der HDW- und MAN-Frauen zu erreichen.

Ähnlich wie die MAN- und HDW-Frauen organisieren sich ja auch die Frauen anderer von Schließung bedrohter Betriebe. Z.B.: die Werftarbeiterfrauen waren schon auf Betriebsversammlungen dabei, beteiligten sich an einer Werftenkonferenz, und sie arbeiten z.B. auch mit den Bremer Werftarbeiterfrauen zusammen.

Am 27. waren auch die Hoesch-Frauen ins Gewerkschaftshaus eingeladen. Sie berichteten von ihren nun schon dreijährigen Kämpfen und Erfahrungen und brachten auch ihren Film mit. Sie sorgten sogar für noch weitere Solidarität im Ruhrgebiet — die zweite Bezirksfrauenkonferenz der HBV in Dortmund drückte ihre Solidarität mit den HDW-Frauen aus. Ebenfalls waren Vertreter von Arbeitsloseninitiativen da — HDW soll auch ihr Thema sein. Auch Leute von politischen Gruppierungen und aus anderen Betrieben waren gekommen, um die Arbeit der Frauen auf ihre Weise zu unterstützen.

Diese Solidarität ist sehr notwendig, denn die Männer sind oft schon resigniert. Sie meinen, daß ein weiterer Kampf keinen Sinn mehr hat; ihre Forderungen würden doch keine Wirkung haben. Auch neueste Senatspläne, daß auf HDW Atomkraftwerksanlagen für den Export in Entwicklungsländer produziert werden sollen, könnten zwar vielleicht einige Arbeitsplätze sichern, doch ist das bestimmt nicht das, was die HDWler sich vorstellen. (Dies wird allerdings z.Zt. noch nicht auf der Werft diskutiert, denn die meisten Kollegen wissen noch nicht davon.)

Die Frauen sehen die Lage im Augenblick genauer. Sie werden doch bei Entlassungen die Hauptbetroffenen sein. Eine Arbeit würden sie wie ihre Männer wohl kaum mehr finden. Soziales Elend wäre die Folge, die Kinder könnten keine ordentliche Schule besuchen, und Ausbildungsplätze für sie gäbe es auch nicht, denn HDW und MAN wären ja dicht. Jetzt schon gibt es einerseits Überstunden und andererseits Kurzarbeit, die Kantine wird vom Betrieb abgekoppelt, notwendige Reparaturen werden nicht ausgeführt. Bestimmte Bereiche für den Schiffsneubau werden abgegrenzt — dort wird schon nicht mehr gearbeitet.

In dieser Situation wollen die Frauen ein Signal setzen. Gerade jetzt muß gekämpft werden. Ab dem 7. September wollen sie mit spektakulären Aktionen die Solidarität der Öffentlichkeit erreichen und ihren Männern zeigen, daß auch für sie ein weiterer Kampf notwendig und sinnvoll ist.

Wir wollen den mutigen Frauen von HDW und MAN Erfolg wünschen und Kraft, ihren Kampf erfolgreich zu weiterzuführen.

Eine Schiffsbesatzung im Kampf für den Frieden

Weil ein Kapitän gemaßregelt wurde und zwei Seebetriebsräten mit fristloser Kündigung gedroht wird, ist jetzt die Initiative einer Schiffsbesatzung bei der Hapag-Lloyd in Bremen bekannt geworden, die auch ohne die bösartigen Angriffe des Managements eine größere Aufmerksamkeit verdient. Gemeint ist der nebenstehende Friedensaufruf der Besatzungsmitglieder des MS „Alemannia Expreß“.

Das Bemerkenswerte daran ist nicht nur die Tatsache, daß hier eine Schiffsbesatzung einschließlich des Kapitäns sich an alle übrigen Seeleute bei Hapag-Lloyd wenden und vier ihrer Seebetriebsräte sich dem anschließen.

Bemerkenswert ist auch der Inhalt des Aufrufs. Hier wird nicht nur ein Bekenntnis zum Frieden allgemein abgelegt, hier werden auch Nägel mit Köpfen gemacht. Die Kollegen fordern nämlich von ihrer Gewerkschaft — der ÖTV — ganz konkret und präzise, *„sich mit allen Mitteln für einen Boykott gegen die Verladung, Entlöschung sowie den Transport der Nachrüstungswaffen Pershing II und Cruise Missiles“* einzusetzen. Darüberhinaus wird gefordert, *„Pläne oder Maßnahmen, Handelsschiffe zum Zwecke der Kriegsführung umzurüsten und /oder einzusetzen, abzulehnen“.*

Dies ist schon ein komplettes betriebliches Kampfprogramm, das beispielhaft auch in anderen Betrieben entsprechend den Bedingungen umgesetzt werden kann und sollte. Hier droht den Rüstungsprofiteuren und „Nach“-Rüstungspolitikern unmittelbare Gefahr. Die von den Seeleuten geforderten Maßnahmen wären offensichtlich von großer Wirksamkeit. Entsprechende Mittel — auch in anderen Betrieben angewendet — würden der Friedensbewegung über Warnstreiks, Blockaden, Demonstrationen und Kundgebungen hinaus eine große Durchschlagskraft verleihen und die Pläne der Herrschenden empfindlich durchkreuzen.

Dieses mutige Beispiel der Kollegen von der „Alemannia Expreß“ kommt gerade rechtzeitig zum bundesweiten Kongreß der betrieblichen Friedensinitiativen am Sonntag, den 11. September in Dortmund. Sowohl die Art der Forderungen der Kollegen als auch ihr mutiges Vorgehen sollten dort beispielhaft gewürdigt werden.

Solidarität der dort versammelten Kollegen mit der Belegschaft, dem Kapitän und den bedrohten Betriebsräten dürfte selbstverständlich sein.

RESOLUTION

der Besatzungsmitglieder des MS "Alemannia Express"
zum Thema "Frieden und Abrüstung"

Die Gewerkschaft ÖTV möge sich mit allen Mitteln für einen Boykott gegen die Verladung, Entlöschung sowie den Transport der Nachrüstungswaffen Pershing II und Cruise Missiles einsetzen. Hierzu sollen auch die internationalen Beziehungen zur Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) genutzt werden.

Gleichzeitig sind Pläne oder Maßnahmen, Handelsschiffe zum Zwecke der Kriegsführung umzurüsten und/oder einzusetzen, abzulehnen.

Begründung:

Der Umschlag von friedlichen Handelsgütern aus aller Welt schafft für Millionen Hafenarbeiter und Seeleute Arbeit und vermehrt den Reichtum unserer Völker.

Besatzungen und Kapitäne auf Handelsschiffen helfen, Handel und ein friedliches Zusammenleben der Völker und Nationen weiterzuentwickeln.

Wir wollen Arbeit, soziale Sicherheit und eine friedliche Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen.

Wir lehnen daher jeglichen Rückfall in einen Kalten Krieg ab und fordern eine Politik der Entspannung, des friedlichen Handels und der Abrüstung.

Stopp des Wettrüstens!
Abrüstung in Ost und West!
Verbot aller Massenvernichtungsmittel!
Europa atomwaffenfrei!

Der heutige Weg dahin:

Keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa.

Machen wir unsere Schiffe und Häfen atomwaffenfrei.

Name	Vorname	Anschrift	Betrieb/Beruf	Unterschrift
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				

FRIEDENSAUFRUF

HAPAG-LLOYD SEELEUTE

Die Unternehmer wollen die Friedensbewegung in den Betrieben im Keim ersticken

BREMEN. — 1. September: Der Seebetriebsrat und Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von Hapag-Lloyd Jürgen Söncksen berichtet auf einer Pressekonferenz in Bremen, daß zwei Tage zuvor gegen ihn und seinen Betriebsratskollegen Günther Seifert die fristlose Kündigung beantragt worden war. Die Begründung der Konzernleitung von Hapag-Lloyd: Die beiden hätten *„unrechtmäßig, unverantwortlich und im höchsten Maße geschäftsschädigend“* gehandelt. Was war geschehen?

Seit etwa drei Wochen kursierte unter den Seeleuten der Hapag-Lloyd ein Friedensaufruf der Besatzung der „Alemannia Expreß“. Auch der Kapitän des Schiffes Heinrich Kraft hatte den Aufruf unterzeichnet. Etwa eine halbe Stunde, bevor die „Alemannia Expreß“ am 23. August von Bremerhaven aus wieder in See stechen sollte, erfuhr die Mannschaft, daß die Bosse ihren Kapitän abgelöst und von Bord kommandiert hatten.

Empört über diese Maßregelung und in Sorge darüber, daß auch sie vom Management wegen des Aufrufs gemaßregelt werden könnten, organisierten die Kollegen noch vor Auslaufen des Schiffes eine Bordversammlung, an der auch die beiden Betriebsräte Söncksen und Seifert teilnahmen. Trotz der Drohungen des kommissarisch eingesetzten Kapitäns weigerten sich die Kollegen, das Schiff auslaufen zu lassen und ihre Versammlung abzubrechen. In einem einstimmig verabschiedeten offenen Brief an die Geschäftsleitung erklärten sie sich mit Kapitän Kraft solidarisch und erklärten: *„Wir fordern, daß dem Kapitän Kraft und anderen Friedensaufrufunterzeichnern durch eine Unterzeichnung des Friedensaufrufes keine beruflichen und damit privaten Nachteile entstehen. Es muß auch bei dieser Firma gewährleistet sein, daß Privatpersonen ihre Meinung zu politischen Themen äußern können.“*

Weder der neu eingesetzte Kapitän noch der Vorstand der Hapag-Lloyd waren zunächst bereit, der Belegschaft zuzusichern, daß ihnen keine Repressalien drohten. Sechs Stunden später aber sah sich der Vorstand gezwungen, telegrafisch zu versichern, daß er keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen beabsichtige. Erst jetzt wurde die Bordversammlung beendet, und das Schiff konnte auslaufen.

Wenig später jedoch wurde dieses Versprechen gebrochen. In einer Erklärung ließ der Vorstand verbreiten: *„Die beiden Mitglieder des Seebetriebsrates* (gemeint sind Söncksen und Seifert; d. Red.) *haben erreicht, daß einige Besatzungsmitglieder durch Arbeitsverweigerung das Schiff am Auslaufen hinderten. Der Vorstand hat heute beschlossen, beim Seebetriebsrat den Antrag auf fristlose Entlassung zu stellen, gleichzeitig wird beim Arbeitsgericht ein Verfahren zur Amtsenthebung der beiden Mitglieder des Seebetriebsrates eingeleitet werden.“*

Der Seebetriebsrat jedoch lehnte den Kündigungsantrag der Geschäftsleitung einstimmig ab, und erklärte in einer Stellungnahme vom 31. August unter anderem:

„Der Seebetriebsrat wendet sich gegen jeden Versuch, die persönliche Meinungsfreiheit der Seeleute und die innergewerkschaftliche Willensbildung (Frage des Widerstands gegen die Raketenstationierung im Herbst) für Beschäftigte der Hapag-Lloyd einzuschränken. Die im Grundgesetz garantierten Grundrechte müssen auch auf den Schiffen der Hapag-Lloyd gelten.

Der Seebetriebsrat fordert den Vorstand auf, seine beabsichtigten arbeitsrechtlichen Maßnahmen gegen die beiden Kollegen zurückzunehmen.“

Völlig zu Recht bewertete der Betriebsrat Söncksen auf der Pressekonferenz diese Maßnahmen des Managements als den Teil einer *„abgestimmten Unternehmerstrategie, um die Friedensbewegung in den Betrieben im Keim zu ersticken.“* Er verwies dabei auf einen ähnlichen Fall bei MBB/VFW in Bremen, wo Kollegen massiv durch die Konzernleitung behindert worden waren, innerhalb des Betriebes über das Thema „atomwaffenfreie Zonen“ zu diskutieren.

Eindringlich stellte der Kollege Söncksen fest, es sei jetzt an der Zeit, daß die Gewerkschaften endlich Farbe bekennen. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Vorschlag des Bezirksvorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, am 19. Oktober (dem „Tag der Betriebe“ innerhalb der Friedenswoche) in allen Betrieben für mindestens 15 Minuten die Arbeit niederzulegen.



Jürgen Söncksen, von Entlassung bedrohter Seebetriebsrat bei Hapag-Lloyd. Seit knapp 20 Jahren im Betrieb und seit 10 Jahren Betriebsrat. Jetzt Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats bei Hapag-Lloyd. Söncksen über seine Arbeit als Betriebsrat: *„Ich mache keine sozialpartnerschaftliche Politik. Ich habe und werde immer vorbehaltlos die Interessen der Kollegen vertreten.“*

Söncksen ist Spitzenkandidat der „Betrieblich Alternativen Liste“ (BAL), die zu den Bremer Bürgerschaftswahlen am 25. September kandidiert. Er sagt dazu: *„Wir setzen auf die neuen sozialen Bewegungen und auf die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, die mit uns für eine Veränderung der Gesellschaft kämpfen wollen.“*

Solidaritätsadressen an
Seebetriebsrat
Hapag-Lloyd AG
Reiherdamm 44
2000 Hamburg 11

DGB-Führung verweigert Betriebsrat das Rederecht

Wie ein Lauffeuer hatte sich die geplante Entlassung der Betriebsräte von Hapag-Lloyd unter den mehreren tausend Teilnehmern der Antikriegstagsdemonstration am 1. September in Bremen herumgesprochen. Sie forderten vom Veranstalter der Demonstration — der Bremer DGB-Führung — daß einer von ihnen auf der Kundgebung sprechen solle. Der Betriebsrat Söncksen war auch dazu bereit. Schließlich hatten die Bosse ihren Angriff wegen ihrer Friedensaktivitäten im Betrieb unternommen. Das Thema paßte also durchaus dahin — ganz abgesehen von der eigentlich selbstverständlichen und natürlich auch notwendigen Solidarität mit den Betroffenen.

Der DGB-Vorsitzende von Bremen Schmidt weigerte sich jedoch, den Kollegen Söncksen reden zu lassen. Daraufhin ging ein Sturm der Empörung durch die Reihen der Kundgebungsteilnehmer. Immer wieder forderten sie unter rhythmischem Klatschen, den Betriebsrat Söncksen reden zu lassen. Zweimal war Schmidt gezwungen, ans Mikrofon zu gehen. Zweimal begann er mit der Verweigerung des Rederechts und zweimal ging der Rest seiner Wörter im empörten Aufschrei der Kundgebungsteilnehmer unter. Dann wurde einfach das Mikrofon abgestellt.

Doch die Menge ließ sich von ihrer Forderung nicht abbringen. Keiner verließ den Kundgebungsplatz. Da stand plötzlich der Betriebsrat Söncksen mit einem Megafon in der Hand auf dem Rednerpodium, begrüßt von jubelndem Beifall. Und dann herrschte urplötzlich eine derartige Stille auf dem Platz, daß man die berühmte Stecknadel hätte fallen hören können.

Söncksen begann seine Rede mit einer eindringlichen Würdigung des Mutes der Schiffsbesatzung von der „Alemannia Expreß“ und forderte die Zuhörer auf, sie unter allen Umständen durch ihre Solidarität vor eventuellen Repressalien zu schützen.

Nachdem er kurz die Hintergründe der geplanten Entlassung gegen ihn und den Kollegen Seifert geschildert hatte, ging er auf die große Bedeutung betrieblicher Aktivitäten innerhalb der Friedensbewegung ein. Er stellte klar, daß die Friedensbewegung nur dann wirklich erfolgreich sein kann, wenn sich die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit aller Kraft in diesen Kampf einschaltet. Er hob in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung des „Tages der Betriebe“ am 19. Oktober hervor und verlangte, daß die Frage eines möglichen Generalstreiks gegen die ungehemmte Aufrüstung innerhalb der Gewerkschaft hier und heute diskutiert werden müsse. Kurz vorher noch hatte der Hauptredner der Veranstaltung, Werner Vitt vom Hauptausschuß der IG Chemie, unter Pfiffen und Buh-Rufen den Standpunkt der DGB-Führung propagiert, daß ein Generalstreik nicht in Frage käme.

Während die Rede von Söncksen begeistert von den Zuhörern aufgenommen wurde, hatten sich die führenden Funktionäre wutentbrannt vom Podium verzogen. Sie hatten eine gewaltige Niederlage gegen ihre eigene Mitgliedschaft hinnehmen müssen, die sie sich durch eine etwas flexiblere Haltung hätten ersparen können. Doch dazu sind diese Herren nicht mehr fähig. Ein weiteres Beispiel dafür, wie weit sie sich von der Basis entfernt haben und daß nur durch massiven Druck gegen sie die Forderungen der Mitgliedschaft durchgesetzt werden können.

Ende November wird der nächste Kongreß der Volksfront stattfinden. Der Kongreß wird über die bisherige Arbeit der Volksfront diskutieren und die Aufgaben für die nächste Zeit erörtern und festlegen. Die vorbereitende Diskussion in der Volksfront hat bereits begonnen.

Der geschäftsführende Ausschuß des BWK und das Sekretariat der KPD haben sich bei einem Treffen darüber verständigt, daß es nützlich wäre, wenn die politischen Organisationen, die die Volksfront unterstützen, im Vorfeld des Kongresses ihre Ansicht zu diesem Thema öffentlich darlegen und diskutieren. Diese Diskussion soll im „Roten Morgen" stattfinden. Sie wird in dieser Ausgabe mit dem zweiten Teil des Beitrags von Genossen der KPD fortgesetzt. Es folgt noch ein Beitrag von Genossen der FAU aus Hamburg. Eine Beteiligung anderer politischer Organisationen an dieser Debatte würden wir begrüßen.

Zur Vorbereitung des Volksfrontkongresses im Herbst 83

Die Bonner Wende und die faschistische Gefahr

Mit und seit dem Bonner Wendemanöver vom letzten Herbst, dem Machtantritt der Rechtskoalition aus CDU, CSU und FDP, macht die finanzkapitalistische Machtelite dieses Landes deutlich, daß sie angesichts der anhaltenden Krisenentwicklung zur Durchsetzung und Wahrung ihrer Interessen nicht länger eine Politik der Zugeständnisse und Einbindung, sondern mehr und mehr und hauptsächlich eine Politik der rigorosen Angriffe und der Konfrontation gegenüber der Arbeiterschaft und den übrigen Volksmassen erwartet. Der Regierungswechsel markiert einen Wendepunkt, möglicherweise den Beginn einer Entwicklung, die eher als je zuvor in der bundesdeutschen Geschichte in der Aufrichtung einer offen diktatorischen Herrschaft, eines neuen Faschismus enden könnte.

Diese Gefahr zu erkennen und einigermaßen realistisch einzuschätzen, sich Klarheit über Ursachen und Umstände, Triebkräfte und politische Träger dieses verstärkt reaktionären Kurses und die darin unserer Meinung nach auch heute schon sichtbar werdenden faschistischen Bestrebungen der herrschenden Klasse bzw. bestimmter Kräfte in ihr zu verschaffen, ist für eine richtige Führung des Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg sicherlich wichtig. Wichtig für die antifaschistische Bewegung und für die Volksfront, die zu dieser Klärung und Orientierung einiges beitragen kann und sollte.

Die Drahtzieher faschistischer Bestrebungen und der Bonner Wende

„Der Faschismus an der Macht (...) ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Der Machtantritt des Faschismus ist *„eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgoiesie — der bürgerlichen Demokratie durch eine andere Form — durch die offene terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschieds wäre ein ernster Fehler. Doch ein nicht minder ernster und gefährlicher Fehler ist die Unterschätzung der Bedeutung, die die gegenwärtig in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen auf die Aufrichtung der faschistischen Diktatur haben..."*

„Man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß fasse, an dem und dem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. "Man muß registrieren, daß *„vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen."*

Dies sind einige Darlegungen Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß zur Charakterisierung des Faschismus und zum Prozeß der Faschisierung.

So allgemein sie zwangsläufig sind, so geben sie die historischen Erfahrungen treffend wieder. Der Faschismus kommt nicht über Nacht. Er wird im Schoße der bürgerlichen Demokratie durch eine Reihe von Vorbereitungsstufen, reaktionären Wendemanövern und Maßnahmen wegbereitet und gefördert. Es gibt keinen automatischen und nahtlosen Weg oder Übergang zum Faschismus, sondern einen Prozeß der Faschisierung.

Dieser geht aus und wird vorangetrieben von den reaktionärsten Kreisen des Finanzkapitals, die, die damals Hitler als ihren starken Mann zur Bewältigung der Krise in ihrem Sinne aufbauten, um ihn dann schließlich an die Macht zu hieven. Sie drängten auf Regierungsumbildungen und -stürze, wie die des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller im Frühjahr 1930, machten sich für Notverordnungsregimes und Präsidialkabinette stark, die von erzkonservativen, deutschnationalen, nicht offen faschistischen politischen Kräften wie dem Zentrumsmann Brüning, dem Herrenreiter von Papen und dem Reichswehrgeneral von Schleicher geführt wurden. Diese schossen die Republik für die faschistische Diktatur sturmreif, die dann mittels der faschistischen NSDAP von den Herren des Industrie- und Bankkapitals errichtet wurde. Errichtet, damit die Thyssen, Krupp, Flick, IG Farben ihre in der Krise erschütterte Herrschaft durch die Ausschaltung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der parlamentarischen Spielregeln, durch die unmittelbare Unterordnung des Staates unter ihre Interessen absichern und ihre imperialistischen Ziele zur Neuaufteilung der Welt besser angehen konnten.

Für das Auftreten und Anwachsen dieser nach innen und außen aggressivsten Bestrebungen des Finanzkapitals, die zum Faschismus führen können, gibt es wichtige Bedingungen und Faktoren, in erster Linie den Ausbruch und die Schwere der Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Sie führt zu einer Verschärfung der Klassenwidersprüche und des Klassenkampfes. Sie schränkt den Raum für reformistische Manöver ein und birgt für die Kapitalistenklasse die Gefahr der Linksentwicklung der Arbeiterbewegung. Andere, in den Strudel der Krise hineingerissene Schichten des Volkes geraten in Widerstand zum System. In den Reihen der Herrschenden selbst verschärfen sich die Auseinandersetzungen um Einfluß, Macht und richtigen Weg aus der Krise. Das Parteiengefüge gerät in Krisen, wird unstabiler. Es kommt zu Umgruppierungen, Abspaltungen, die parlamentarisch-demokratische Herrschaft wird erschwert und unsicher. Es verstärkt sich die Tendenz, sich den Staat, seine Finanzen und Gewaltapparate direkter für die Erzielung maximaler Profite botmäßig zu machen. Da die Krise nicht auf ein Land beschränkt bleibt, erhöht sich die Gefahr internationaler Konfrontationen und Kriege, die den aggressivsten imperialistischen Ländern auch faschistische Entwicklungen fördert.

All diese Faktoren müssen nicht automatisch zum Faschismus führen. Da spielen die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse der Kapitalisten eine Rolle. Und natürlich die Arbeiterschaft und die anderen unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen, die bei entsprechender Einheit und Kampfkraft Faschismus und Krieg den Weg versperren können.

Offensichtlich haben wir heute Entwicklungen und Bedingungen in die oben beschriebene Richtung. Und bestimmte Kreise des Finanzkapitals kommen heute zunehmend zu der Schlußfolgerung, daß die bisher bewährten Herrschaftsmethoden bei einer Verschärfung der Wirtschaftskrise nicht mehr ausreichen und andere autoritäre bis faschistische Lösungen ins Kalkül zu ziehen sind.

Bei der Suche nach diesen Kräften, die wir hier nur andeuten und nicht umfassend darlegen können, wird man sicher darauf stoßen, daß es jene sind, die ihre profitablen Geschäfte mit dem größten Inlandskunden, dem Staat, machen und ihn deshalb so direkt wie möglich unter ihr Kommando zu bringen versuchen, für die eine Aufrüstung und Ausdehnung der NATO, eine kalte Kriegspolitik einträchtiger ist als eine wie auch immer geartete Entspannungspolitik mit dem Osten. Es hängt damit zusammen, welche Kreise und Bereiche des Kapitals stärker von der Krise betroffen sind, auf dem Weltmarkt eine starke Stellung oder eine mächtige Konkurrenz haben, aber auch davon, wer, wie die mitbestimmte Montanindustrie, traditionell auf die Integration der Gewerkschaften und nicht auf die Konfrontation baute und dies nicht ohne Not ändern wird, während andere schon immer gegen den angeblichen Gewerkschaftsstaat vom Leder ziehen.

Man wird bei näherer Betrachtung darauf stoßen, daß diese finanzkapitalistischen Kreise sich schon immer hervortaten, wenn es um die Durchsetzung eines reaktionären Kurses ging:

- bei der Wiederaufrüstung und Eingliederung der BRD in das westliche Bündnis und dem gleichzeitig erfolgenden Verbot der KPD;
- bei dem Versuch der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr;
- bei der Installierung des Notstandsgesetze;
- bei der Bekämpfung der sozialliberalen Regierung Brandt, jeder Reformpolitik und Liberalisierung im Innern und Entspannungspolitik und Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten, was bekanntlich von der heimlichen Bestechung von Abgeordneten bis zur öffentlichen Mobilisierung mit Anzeigen und der Unterstützung auch der „Aktion Widerstand" reichte;
- bei der Verhinderung einer Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung Mitte der 70er Jahre und der Forderung nach Einschränkung heute;
- bei den Bestrebungen zur Formierung und als Sammelbecken der schwarzen und braunen Reaktion aus einer vierte bundesweite Partei ins Auge zu fassen und bei der Durchsetzung der Kandidatur von Strauß in den Unionsparteien;
- bei dem Ruf nach der Wende in den letzten Jahren und der Forderung nach ihrer konsequenten Durchführung heute.

Flick und Siemens rüsten fleißig...

Auch ohne die sicher notwendige Analyse im einzelnen darf man feststellen, daß die stark an der Rüstungsindustrie beteiligten Konzerne und Finanzgruppen, das schon sprichwörtlich gewordene bayrische Rüstungskapital, hier in vorderster Front aktiv sind. Es sind nicht wie vor dem Zweiten Weltkrieg die Kohle- und Stahlbarone — die Thyssen, Vögler, Kirdorf — sondern heute vor allem die Elektroindustrie, die Flugzeug- und Raketenbauer, die auf diesem Felde profitsuchend und entsprechend politisch tätig sind: der Siemens-Konzern, Westeuropas größter Panzerbauer Flick, dessen Einwirken auf die Staats- und politischen Geschäfte ja ein wenig ans Tageslicht kamen, die Quandt-Gruppe mit Dornier und Haniel, die in der Luft- und Raumfahrt führend tätigen Messerschmidt-Bölkow-Blohm, auch der Hauptedelstahlproduzent Thyssen und andere. (Die von der Volksfront zur Bundestagswahl '80 herausgegebene Karte — nebenstehend abgedruckt — gibt eine Übersicht über das Rüstungskapital und seine Verquickung mit den Unionparteien, insbesondere der CSU).

Was diesen Kreisen ins Konzept paßt ist:

- eine forcierte Aufrüstung und ein steigender Bonner Rüstungshaushalt;
- eine Ausweitung der Waffenexporte und die Aufhebung der heutigen Beschränkungen;
- eine Ausweitung des NATO-Operationsfeldes und ein verstärktes westdeutsches Engagement;
- nach wie vor die atomare Bewaffnung der Bundeswehr;
- die Reagansche Konfrontationspolitik auch in diesem Lande;
- kalter Krieg wenn nötig auch heißer mit der imperialistischen Weltmacht Sowjetunion;
- eine Situation, wo die alten großdeutschen und revanchistischen Ziele wieder auf die Tagesordnung der Politik gesetzt werden;
- eine Bundesrepublik, die sich, vorerst an der Seite der USA, in und mit der NATO von einer ökonomischen auch noch zu einer politisch-militärischen Weltmacht emporschwingt.

Dazu braucht es politische Rahmenbedingungen in diesem Lande, die diesen Kurs möglich machen. Da sind nicht nur Kämpfe und Streiks der Arbeiter unerwünscht, schon eine wesentlich von kleinbürgerlichen Kräften getragene Massenbewegung gegen AKWs und atomare Aufrüstungspolitik ist ein Dorn im Auge und profithemmend. Mit dieser gilt es wie mit jeder „die Gesellschaft erstickenden Demokratisierung" — wie es einer ihrer Chefideologen, Prof. Schelsky, propagiert — Schluß zu machen.

Sie haben schon lange und am nachdrücklichsten nach einer Wende verlangt, einer Forderung, der sich unter der Krisenentwicklung bald mehr oder weniger alle einflußreichen Kreise des Finanzkapitals angeschlossen haben.

Die Weltwirtschaftskrise ist da...

Die neue Weltwirtschaftskrise erfaßte 1980 von den USA ausgehend alle großen westlichen Industrieländer. 1981 geriet der Welthandel ins Stocken, 1982 wurde er rückläufig. Seit nunmehr drei Jahren stagniert die kapitalistische Wirtschaft. Die in der OECD zusammengeschlossenen Staaten registrieren eine absoluten Rückgang der industriellen Produktion. Die Massenarbeitslosigkeit steigt in Nordamerika, Japan, Australien und Westeuropa von 11 Millionen 1970 auf heute fast 35 Millionen an. Der Weltmarkt schrumpft, die internationale Konkurrenz spitzt sich zu, Protektionismus, Handelskriege auch unter verbündeten Staaten nehmen zu. Volkreiche Länder der dritten Welt, aber auch solche wie Polen und Rumänien, stehen kurz vor dem Bankrott, ihr jährlicher Schuldendienst übersteigt nicht selten die Einnahmen aus ihren Exporten. Es ist nicht sicher, wie lange das System der Umschuldungen und Notkredite noch funktioniert, wann es zu einem Bankenkrach wie in der letzten Weltwirtschaftskrise 1929/32. kommt.

In der Bundesrepublik fällt diese weltweite Krise, die sie als stark exportabhängiges Land besonders betrifft, mit einer Überproduktionskrise zusammen. Rückgang der Industrieproduktion um 7,5 Prozent, eine Auslastung der Industriekapazitäten von nur 75 Prozent mit fallender Tendenz, weit über 2 Millionen Arbeitslose mit wachsender Tendenz in der nächsten Zeit, 15000 Firmenpleiten sind deutliche Zahlen.

Heute sind, anders als noch zu Zeiten der Strauß-Kandidatur, die Mehrheit der Bosse von Konzernen, Banken und Unternehmervereinigungen zu der Einschätzung gekommen, daß die Krise tief und langandauernd sein wird. Deshalb meldeten sich die Kapitalisten offen und öffentlich zu Wort und forderten eine Wende. Standen 1980 zwar reaktionärste Kreise, aber längst nicht alle wichtigen Kräfte des Großkapitals hinter der Straußkandidatur, so plädierten jetzt 80 Prozent der Unternehmer, alle ihre Verbandsorganisationen und auch ehemalige Befürworter der Fortsetzung einer sozialliberalen Koalition unter Schmidt, wie der Chef des Deutschen Industrie- und Handelstages und Stahlkapitalist Otto Wolff von Amerongen, für einen Regierungswechsel. Die Volksfront schrieb in ihrem Flugblatt „Machtwechsel in Bonn, die schwarze Reaktion am Ruder":

Die Wirtschaftsbosse wollen die Wende...

- *Das Präsidium des BDI am 6.9.1982, forderte unmißverständlich: „Ein rascher und ein schneidender finanz- und wirtschaftspolitischer Kurswechsel ist geboten. Mit einer bloßen Kurskorrektur ist es nicht getan. Kompromißgeschwächte Regierungsbeschlüsse, die entgegen klaren ökonomischen Erfordernissen darauf gerichtet waren, Entlastungen der Wirtschaft zugleich neue Belastungen entgegenzustellen, haben ihre nega-*



tive Wirkung längst erwiesen.'
Die uns alle, die arbeitenden Menschen schmerzlich treffenden Haushaltsoperationen '82 und '83, für die Bosse von Industrie und Banken ist das längst nicht genug. Sie nennen das sozialdemokratische Halbherzigkeiten. Daß die SPD-Regierungs- und -Führungsmannschaft immer weitergehenden Forderungen nach Abwälzung der Krisenlasten, sozialer Kosten auf die Werktätigen nachgekommen ist, wird von den Herren des großen Geldes nicht honoriert. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und kann gehen. Die SPD wird abserviert.
Dem Wirtschaftsgrafen Lambsdorff diktieren sie ihre Wünsche, die bislang umfangreichsten Vorschläge für einen sozialpolitischen Kahlschlag — Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 50 Prozent, Karenztage, Kappung der Lohnfortzahlung, Streichung des Schüler-BaföG, die Beseitigung des Mutterschaftsgeldes und andere Grausamkeiten für Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte, Rentner und Arbeitslose — als Sprengsatz der sozialliberalen Koalition in die Maschine. Acht Tage nach Veröffentlichung des Lambsdorffschen Gruselkatalogs fliegt die Koalition auseinander, die Börsenkurse der Unternehmen der Rüstungs- und Atomindustrie schnellen nach oben."

Die neue konservative Regierung der Rechtskoalition hat den Kurswechsel eingeleitet. Nach dem Straußschen Motto: „Weg mit dem Sozialklimbim", „Das Soziale ist kein Grundwert, sondern eine UNO-Phrase", wird auch ohne Strauß auf einem Ministersessel ans Werk gegangen. Rüstung in jeder Beziehung ist groß geschrieben:

- die „geistig-moralische Aufrüstung und Erneuerung", die die Einsicht auf Verzicht staatlicher Sozialleistungen sowie Lohnpausen und anderer Opfergänge der Werktätigen als selbstlos und gemeinnützig propagiert;
- Zimmermann und Co. rüsten Polizei, Verfassungsschutz, Datenkarteien und die Gesetzesmaschinerie dafür auf, „Deutschland wieder in Ordnung" zu bringen. Mehr Staatsschutz als Datenschutz.

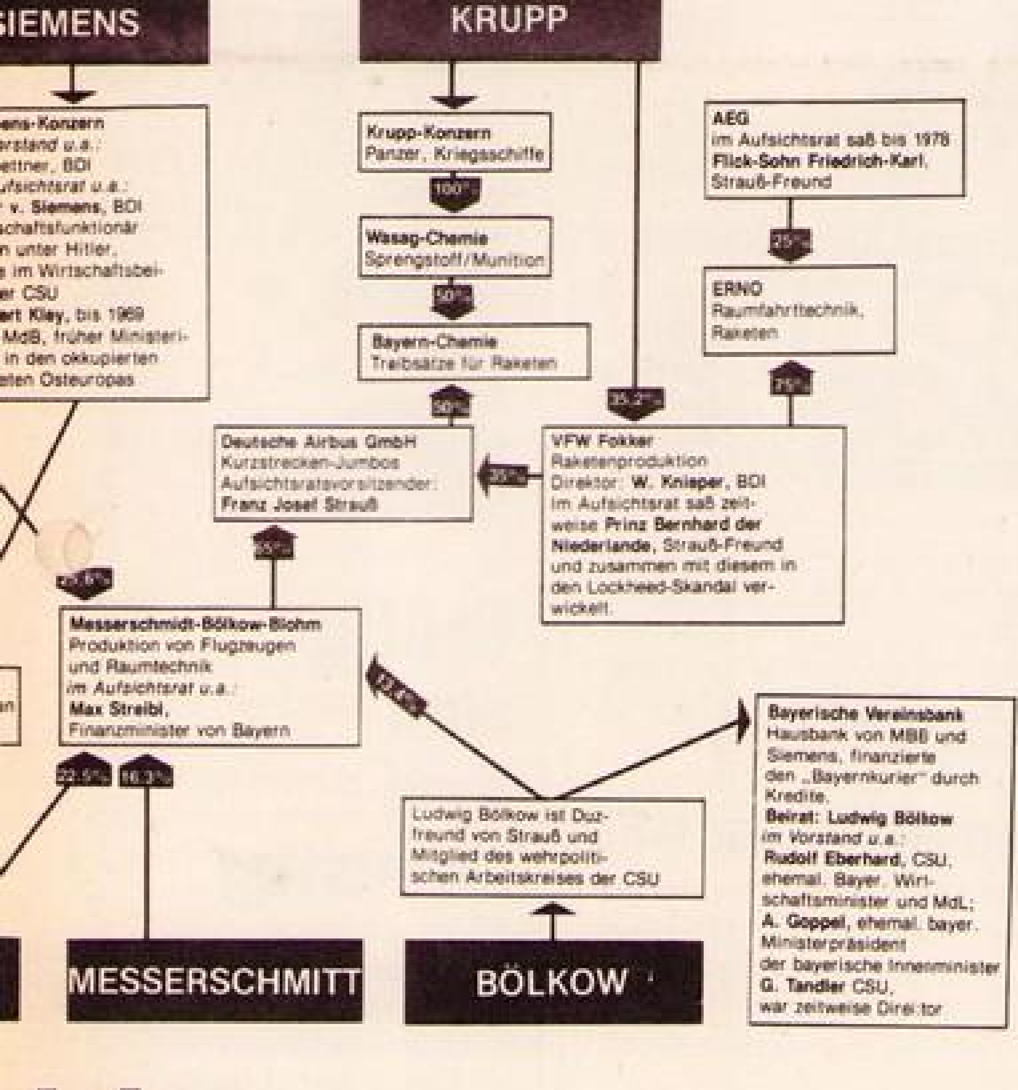
Die Parole der NPD und anderer Faschisten „Türken raus" wird zur Regierungspolitik.

Wörner und seine Generäle rüsten auf und „nach", um deutsche Interessen auch im Osten und Nahen Osten verteidigen zu können.

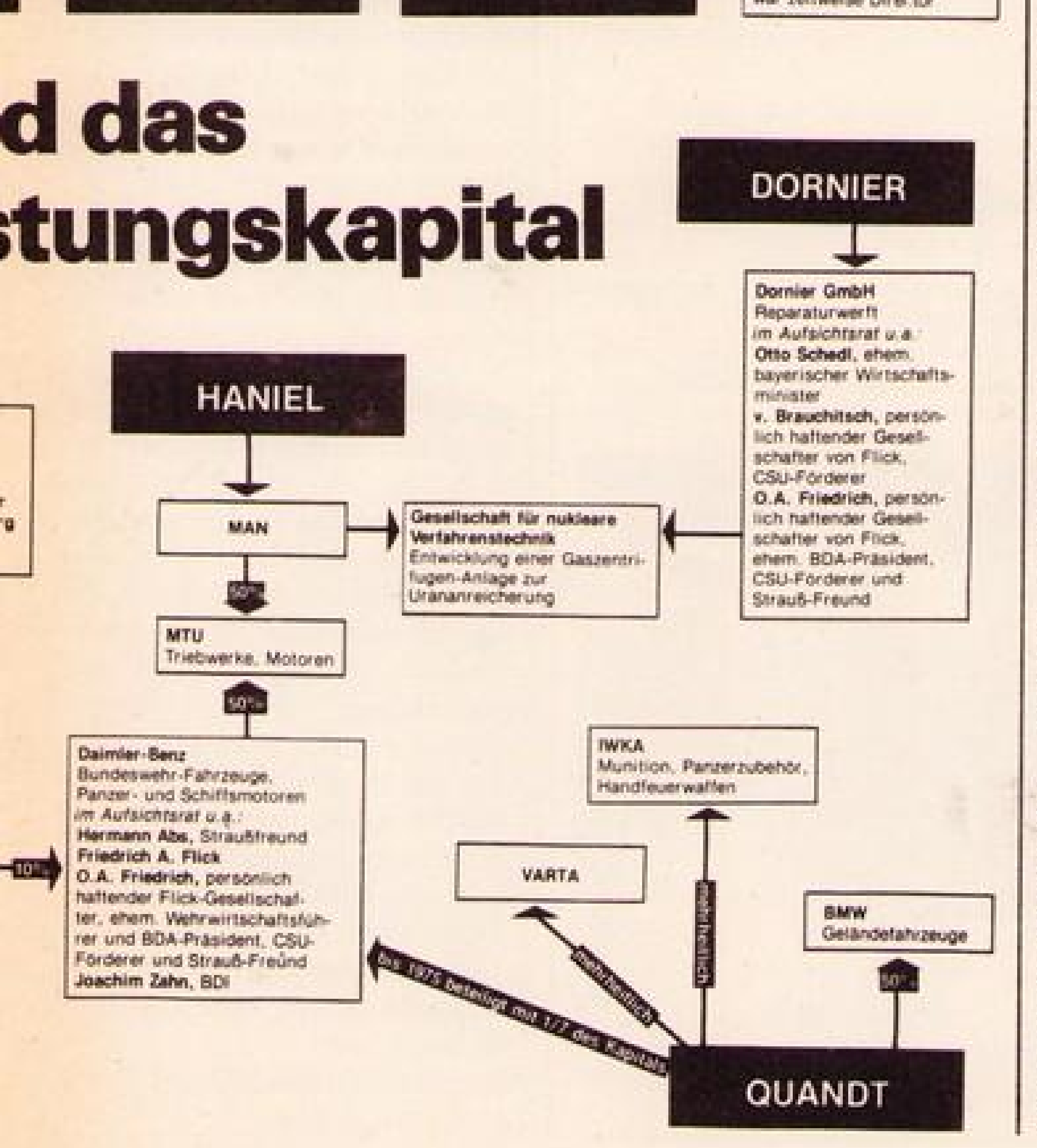
Zweifelsohne sind die Unionsparteien mit dem Genscher/Lambsdorff-Flügel der FDP im Schlepptau von ihrem politischen Programm und Personal her heute die geeignete Kraft, die Interessen der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals zumindest in gewissem Umfang und mit Aussicht auf Erfolg in praktische Politik umzusetzen, die neben ihrer Bereitschaft zur Einleitung des sozialpolitischen Kahlschlags auch für die Sicherung des inneren Friedens und die Stärkung des westdeutschen Imperialismus in der Welt Pläne anzubieten hat.

Diese Regierung ist mit Sicherheit noch nicht die rechteste konservative Formation, die sich die Herren in den Chefetagen der Konzerne und Banken in Bonn vorstellen und eines Tages auch an die Macht bringen können. Es mehren sich schon jetzt die Stimmen von Genscher, Albrecht bis zu dem CDU-Bundestagsabgeordneten und Siemens-Direktor Haimo George und aus dem Kapitalistenlager selbst, mit der Wende nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Unzufriedenheit und Kritik an der mangelnden Entschlußkraft der Regierung Kohl wird laut. Die Vorstellungen Albrechts und Georges — die Entlohnung der Arbeit sei zu hoch, Tarifvereinbarungen müßten von den Unternehmern zu unterschreiten sein und reaktionäre Vorstöße in anderen Bereichen der Politik werden nicht mit den Sozialausschüssen der CDU oder wie die Ausländervertreibungspolitik nicht reibungslos mit einem Teil der FDP-Leute durchzusetzen sein.

Dennoch ist die mit der Bonner Wende eingesetzte und durch die Wahlen vorübergehend gefestigte konservative Regierung Kohl ein Ausdruck reaktionärster Bestrebungen in den Kreisen des Finanzkapitals, eine jener „Vorbereitungsetappen", von denen Dimitroff sprach, mit denen der Weg für den Machtantritt des Faschismus weiter geebnet wird.



d das
stungskapital



Dem Vormarsch der Reaktion entgegentreten

Wir haben allen Grund, uns zu rüsten gegen die reaktonäre Formierung, gegen die konservativ-reaktionäre Politik, die auf allen Gebieten des politischen und gesellschaftlichen Lebens vorangetrieben wird und die über die Arbeiterklasse und die Werktätigen hinaus auch andere kleinbürgerliche Bevölkerungskreise zu spüren bekommen. Zu allererst am Portemonnaie, und die sich in ihrer Masse deshalb zunächst im Kampf um ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihrer reaktionären Regierung wehren.

Es ist sicher Aufgabe der Kommunisten und derer, die sich der Sache der Arbeiterklasse verpflichtet fühlen, im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau die gemeinsame Kampffront gegen die Reaktion zu schmieden, wie sie in Initiativen und Bewegungen „Unsere Stadt darf nicht sterben" oder ähnlichen heute in Aktion tritt.

Die Volksfront unterstützt als antifaschistische Organisation die Kämpfe der Werktätigen für ihre wirtschaftlichen und sozialen Belange, hat dies in ihren Grundsätzen erklärt und in ihrem Wahlprogramm damals genauer ausgeführt. Sie widmet sich als antifaschistische Organisation insbesondere dem politischen Kampffeld und Bereich, wo die Arbeiterklasse und andere breitere Teile der Volksmassen neben den sozialen noch andere gemeinsame Interessen gegen die Reaktion zu verfechten haben:

- die Verteidigung und den Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten, die Abwehr der faschistischen, alle bürgerlichen Rechte außer Kraft setzenden Herrschaft des Großkapitals,
- sowie den Kampf um den Erhalt des Friedens, zur Verhinderung eines völkermordenden Krieges.

Sie versteht diesen Kampf im weitesten Sinne als Teil des Klassenkampfes zwischen der Arbeiterklasse und den kapitalistischen Ausbeutern und Unterdrückern. Sie sollte sich dafür stark machen, daß sich in der Arbeiterschaft das Bewußtsein von der Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes und bei den anderen betroffenen Volksschichten das Bewußtsein darüber erhöht, daß man letztlich nur an der Seite der Arbeiter erfolgreich für Freiheit, Demokratie und Frieden kämpfen kann. Zur Schmiedung dieser gemeinsamen Front im antireaktionären, antifaschistischen- und Friedenskampf kann die Volksfront einen wichtigen Beitrag leisten und somit zur breiten Frontbildung gegen die Reaktion über dieses Kampffeld hinaus einiges dazutun.

In der Volksfront muß Platz für denjenigen sein, der sich auf Grundlage seiner marxistischen Analyse aus Gegnerschaft zu dem ganzen System auch im antifaschistisch-demokratischen Kampf engagiert, wie auch für den, der sich gegen einzelne reaktionäre Vorstöße wendet und z. B. die auf dem Papier der Verfassung dieser Bonner Republik garantierten Grundrechte verwirklicht und in dem gegebenen Rahmen ausgeweitet haben möchte.



Machen wir die Volksfront stark

Wir denken, daß die Volksfront ihre Anstrengungen steigern und ihre Arbeit im antifaschistischen Kampf verbessern kann, wenn sie auf ihrem Kongreß oder ausgehend von ihm folgendes schafft:

1. Wenn sie der in der Tendenz gleichen Einschätzung der Ursachen, Entwicklungsprozesse und Triebkräfte des Vormarsches der Reaktion und der Faschisierung, auf die wir hier hingewiesen haben und unter Berücksichtigung ihrer Kräfte und Möglichkeiten, den wichtigsten reaktionären Vorstößen des Kapitals und seiner Handlanger entgegentritt. Wenn sie Schwerpunkte setzt, an diesen Schwerpunkten aber kontinuierlich und mit Intensität arbeitet.

2. **Die Schwerpunkte hat der letzte Kongreß** im wesentlichen richtig gesetzt:

- Das ist der **Kampf gegen die reaktionäre Ausländer- und Asylpolitik** und die Entwicklung positiver Zielsetzungen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung unserer ausländischen Mitbürger — wie sie das kommunale Wahlrecht oder die Einbürgerung darstellen.
- Das ist die **Kampagne für ein Verbot der NPD** und aller anderen faschistischen Organisationen, für die die IG Metall jetzt die Unvereinbarkeit erklärt hat. Wichtig sollte in diesem Kampf wie auch an den anderen Fronten das Ringen um die Jugend sein, damit sie nicht den faschistischen Rattenfängern à la Kühnen nachläuft. Nicht, weil wir in diesen offen faschistischen Kräften die Hauptgefahr sehen, sondern weil sie, wie es die Resolution des letzten Kongresses im einzelnen darlegte, wichtige Funktionen als Hilfs- und Stoßtrupp der Reaktion haben.
- Richtig scheint es uns, größere Aufmerksamkeit dem **Auf- und Ausbau des Polizei- und Überwachungsapparates** zu schenken, da jetzt das Demonstrationsrecht verschärft wird, um den wachsenden Widerstandsbewegungen zu begegnen, immer häufiger Polizeitodesschüsse und Polizeiübergriffe und Massenverhaftungen stattfinden, da die Einführung des neuen Personalausweises, Personalüberwachungssysteme anstehen und wie die geplante Volkszählung auf immer größeren Unmut und Gegenwehr stoßen.
- Da ist der **Friedenskampf**, in dem die Volksfront dazu beitragen sollte, daß sich der Anti-Atomtod- und Anti-Raketen-Kampf zu einem Anti-Kriegs-Kampf entwickelt. Im Kampf gegen die „Nachrüstung" sollte sie sich insbesondere für gewerkschaftliche und betriebliche Aktivitäten einsetzen, aber auch andere Widerstandsaktionen wie jetzt die Kampagne Volksbefragung unterstützen, in die breite und entscheidende Teile und Kräfte der Bevölkerung miteinbezogen werden können. Ihr politisches Ziel sollte es sein, über die Nachrüstung als Teil der NATO-Kriegspolitik hinaus deren Pläne und Absichten zu enthüllen und bekanntzumachen, insbesondere auch die Rolle und die Ziele der westdeutschen Imperialisten und die Gefahren aufzuzeigen, die unserem Land und Volk aus der Konfrontation der beiden waffenstarrenden Militärblöcke, an deren Nahtstelle wir liegen, drohen. Daran anknüpfend kann die Notwendigkeit und der Nutzen des Austritts aus der NATO und der Neutralität der BRD als wichtige Schritte zur Sicherung des Friedens für uns deutlich gemacht werden.



- Da ist es nicht zuletzt wichtig, daß die Volksfront den **direkten Angriffen der reaktionären Kreise auf die Arbeiterorganisationen zur Schwächung ihrer Kampfkraft** entgegentritt — der Aushöhlung des Streikrechts durch Massenaussperrungen, wie wir sie schon erlebt haben, auf den Versuch, den Gewerkschaften das Recht auf den politischen Streik zu verweigern, und auf solche Vorstöße, wie sie in jüngster Zeit zur Aushöhlung des Tarifrechts laut werden. Auf diese gefährlichen Vorstöße, die schon in Weimar ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung eines Kurses zum Faschismus hin waren, muß ein starker Widerstand, auch und gerade in den Gewerkschaften entfaltet werden. Dazu sollte und muß eine antifaschistische Organisation, wie die Volksfront nach Kräften beitragen.
- Und die Volksfront sollte beherzigen, daß im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg der außerparlamentarische Massenkampf das Entscheidende ist.

3. An all diesen Kampffronten, Fragen und Probleme sind heute schon viele Menschen in Bewegung oder noch zu mobilisieren.

- Die Volksfront sollte sich in diese Bewegungen einmischen, ihre Meinung deutlich machen, **für ihre Positionen und ihre Organisation werben**, auch dann, wenn sie noch keine Chance auf Mehrheiten heute haben.
- Sie sollte die **Arbeit in Initiativen** als Teil ihrer Arbeit verstehen, die allein nicht ausreicht und eigenständige Volksfrontaktivitäten nicht ersetzt, aber auch nicht links liegengelassen werden darf.

Die Volksfront sollte der antifaschistischen Arbeit **unter der werktätigen Bevölkerung** große Aufmerksamkeit schenken.

- Sie sollte nicht zuletzt neue und vermehrte Anstrengungen um die **Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen und demokratischen Kräften** vor Ort und auch bundesweit machen, und immer wieder den Sinn einer starken antifaschistischen Frontorganisation auf richtiger politischer Grundlage deutlichmachen und dafür sich einsetzen.

4. Für die Verwirklichung dieser Aufgaben gilt es, **lebendige Formen der Arbeit** in der Organisation und nach außen zu entwickeln. Auch vor Ort sollten die Volksfrontgruppen Schwerpunkte, und wenn es die Kräfte nicht anders erlauben, einen setzen, um hier eine **kontinuierliche und Tiefenwirkung erzielende Arbeit** zu entfalten.

5. Will die Volksfront andere von ihren politischen Auffassungen und Zielen und der Notwendigkeit des Kampfes überzeugen, muß sie selber überzeugt sein und sich auskennen. Eine bessere politische Bildungsarbeit und Publikationstätigkeit als in der Vergangenheit wäre wünschenswert. Sie sollte sich an den praktischen aktuellen Aufgaben des antifaschistischen- und Friedenskampfes ausrichten. Sie müßte in erster Linie vom Zentralen Vorstand unter Hinzuziehung von anderen, auf dem jeweiligen Felde beschlagenen und engagierten Kräften aller Ebenen der Organisation getragen werden.

Strengen wir uns alle miteinander an, daß es in diesem Sinne mit der Volksfront vorangeht.

U.L., KPD

Der politische Deal mit der Junta

Fotos von Günter Wallraff für den „Roten Morgen"

Am 4. August versuchte eine Delegation des Komitees zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der Türkei, von dem damals auch der Hungerstreik der 150 in Bonn organisiert wurde, bei der Vertretung der Türkei in Bonn ein Protestschreiben zu übergeben. (Der „Rote Morgen" berichtete.) Namhafte Antifaschisten gehörten zu der Delegation, so Walter Fabian, Publizistund Jahrzehntelang in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung engagiert, Ferdi Hülser, Widerstandskämpfer aus Köln, Günter Wallraff und andere. In der türkischen Botschaft fand sich niemand bereit, das Schreiben entgegenzunehmen.



Günter Wallraff fotografierte während der Aktion, und er stellte seinen Film dem „Roten Morgen" zur Verfügung. Leider wurde er uns aus Köln verspätet übermittelt, dennoch veröffentlichen wir hier noch einige Bilder. Sie dokumentieren den starken Polizeischutz, den Bonn für die Botschaft des Faschistenstaates selbst gegen diese Delegation aufbot. Sie zeigen einen Beamten des bundesdeutschen Verfassungsschutzes, der vom Dach des Botschaftsgebäudes — also auf türkischem Gelände — die Teilnehmer der Delegation filmte. Man kann sicher sein: Dieses Filmmaterial wurde auch den Vertretern der Junta zugänglich gemacht. Auch dies ein Ausdruck des von Bonn betriebenen „politischen Deals mit der Junta" (Wallraff). Dazu ist auch der Versuch des Einsatzleiters der deutschen Polizei zu zählen, türkische Demonstranten mit verlogenen Behauptungen zur Abnahme ihrer Tücher zu bewegen, die sie zum Selbstschutz über einen Teil ihres Gesichts gezogen hatten — er behauptete, in Deutschland gebe es bereits ein „Vermummungsverbot". Der Mann auf dem Dach mag sich bereits auf die Portraitaufnahmen gefreut haben, als das Einschreiten deutscher Antifaschisten die Absichten der Polizei vereitelte. — Vorgänge, die im Angesicht des tragischen Todes Cemal Kemal Altuns besonderes Gewicht gewinnen.



Foto links: Walter Fabian mit seiner Frau auf dem Weg zur türkischen Botschaft
• Foto Mitte: Sie wurden vor dem Zugriff der Polizei, des Verfassungsschutzes und des türkischen Geheimdienstes bewahrt
• Foto oben: Der Mann auf dem Dach filmte für Bonn und Ankara

Keine Lust, auf den Arbeitsdienst zu warten

Korrespondenz eines Arbeitslosen aus Stuttgart

Das, was ich hier schreibe, kann jeden Arbeitslosen treffen, leider hat es auch sehr viele schon getroffen. Ich habe mich im April beim Arbeitsamt Rüsselsheim (dies ist eine Zweigstelle vom Arbeitsamt Darmstadt) arbeitslos gemeldet. Ergebnis: Bis heute keine Antwort!

Mir wurde auf Nachfragen immer wieder gesagt, daß mein Antrag bearbeitet wird. Bis heute geschah nichts. Nach drei Monaten platzte mir der Kragen, und ich rief den zuständigen Sachbearbeiter in der Leistungsabteilung beim Darmstädter Arbeitsamt an. Dieser sicherte mir zu, daß noch am gleichen Tag, dem 2.8., meine Anweisung rausgegangen wäre. Ergebnis: Hunger.

Tatsache ist, daß bisher nichts geschehen ist. Ich habe dann einen Einschreibebrief an die Leistungsabteilung geschrieben und aller „Frechheit" zum Trotz auch an den Direktor vom Arbeitsamt Darmstadt. Solche „Frechheiten" dürfen Arbeitslose sich nicht erlauben. Anscheinend landeten beide Einschreibebriefe im Müll!

Ein Arbeitsloser darf halt nicht nachfragen und die „Frechheit', besitzen, Einschreibebriefe an die „Solidargemeinschaft" zu schicken, sondern er hat zu verhungern, er liegt ja der Allgemeinheit nur auf der Tasche. Ganz klar gesagt, wir Arbeitslosen liegen nicht der Allgemeinheit auf der Tasche, sondern die fettgefressenen Bonzen, die eh nur auf ihren faulen Ärschen hocken und Angst haben, daß sie von ihrem Wohlstandskuchen was abgeben müssen.

Da klingt es uns allen wie eine Farce in den Ohren, wenn der Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, selbst mal Arbeiter bei Opel in Rüsselsheim, sagt: **„Wir haben einen Sozialstaat, da bracht kein Arbeitsloser zu verhungern."**

Blüm meinte wohl mit „sozial", daß er für sich und Konsorten alles in den Säckel schafft! Es ist langsam an der Zeit, daß wir Arbeitslose uns organisieren und die Gewerkschaften zwingen, uns aufzunehmen, da die Gewerkschaften es bis heute noch nicht nötig gehabt haben, Arbeitslose als Mitglieder aufzunehmen, damit wir gemeinsam mit allen anderen Kollegen für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung kämpfen. Stellt euch vor, es würden alle Arbeitslosen jeden Tag auf dem Arbeitsamt erscheinen, stellt euch die Augen der Sachbearbeiter vor. Und stellt euch die Reaktion der Arbeitsamtsbonzen vor. Dies könnte doch ein sehr gutes Kampfmittel sein, um zu zeigen, daß wir gar nicht so machtlos sind. Da würden die Feinde der Arbeiterklasse merken, daß wir sehr wohl in der Lage sind, für unsere Interessen zu kämpfen. Ich habe keine Lust, solange zu warten, bis unser „Landesvater, der ach so geliebte" Franz Josef Strauß, den Arbeitsdienst einführt. Die Maßnahmen sind eindeutig wie z.B. Sozialabbau, Ausländerverfolgung, die zunehmende Militarisierung, das Demonstrationsgesetz. Wir brauchen kein drittes Reich, deshalb müssen gerade wir Arbeitslosen jetzt kämpfen. Wir sind nicht alleine, wir sind doch zwei Millionen Registrierte und viele nicht gemeldete, und die Arbeiterklasse ist mit uns solidarisch.

Jetzt bin ich nach Stuttgart umgezogen und habe mich dort beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet. Sie zeigten sich erstaunt über das Arbeitsamt Rüsselsheim, damit war die Sache abgetan. Da das Arbeitsamt Stuttgart meine Akte braucht, und das Arbeitsamt in Darmstadt die Akte braucht, um meinen alten Antrag zu bearbeiten, fängt das Drama erst richtig an. Keiner hat mich gefragt, von was ich lebe. Stattdessen haben sie die Frechheit besessen und mit dem Gerichtsvollzieher mir die halbe Wohnung ausgeräumt. Das geschieht bei den großen Wirtschaftsverbrechern nicht! Sie melden ihren Betrieb bankrott, die Arbeiter fliegen auf die Straße und müssen Kohldampf schieben, und sie, die Wirtschaftsverbrecher, haben ihren Reibach gemacht. Nun, so gehört es sich auch für einen guten „Staatsbürger", was soll man mit dem „Dreck der Straße" auch machen! In dieser Rechnung haben sie uns leider vergessen!

Mit kollegialen Grüßen
Günter D.

Fundsache



„Wir wollen endlich unseren fälschungssicheren Personalausweis haben".
(Frankfurter Rundschau, 3.9.83)



Grüße zum Antikriegstag

Liebe Genossen,
zum Antikriegstag meine herzlichsten Glückwünsche!

Über dem Eingang einer Kindertagesstätte in Sternberg steht ein schöner Satz von Jean Paul:

„Macht Schluß mit den Tränen der Kinder, das viele Regnen in die Blüten ist so schädlich.". Ja!!

Aus dem Regen ist inzwischen ein Atomgewitter (Stahlgewitter hatten wir ja schon) geworden, dessen furchtbarer Blitz jeden Tag bei uns einschlagen kann und das Leben aller Menschenkinder auf dieser Erde, ob jung oder alt, bedroht. Deshalb möchte ich dem Satz hinzufügen: Kinder, macht Schluß mit dem Hochmut derer, die um ihres Profits und ihrer Macht willen bereit sind, das Blut von unschuldigen Menschen in Strömen zu vergießen. Hört nicht auf ihr Geschwätz von Gleichgewicht und Abschreckung. Wir sind doch keine Raubtiere!

Herzliche Grüße und Rot Front
P.K., München

Der Tip zum Antikriegstag:

Schießen lernen ...

Friedenskampf — in Nicaragua

Das Volk Nicaraguas, das den Diktator Somoza zum Teufel jagte, baut sich seine Freiheit in ständiger Gefahr — die USA drohen, das Land mit Krieg zu überziehen.

Das Volk steht in Waffen, um seine Freiheit zu verteidigen und sich den Frieden zu erkämpfen. Friedenskampf in Nicaragua, Aufbau mit der Waffe in der Hand — damit statt Frieden nicht Friedhofsruhe herrscht. Die US-Army würde nicht mit Gebeten, sondern mit Kugeln empfangen, so, wie es ihren terroristischen Hilfstruppen heute schon geht.

In seinem Kampf hat das Volk Nicaraguas Helfer aus vielen Ländern, auch aus der Bundesrepublik.

Ratschlag für die deutsche Linke

Einer von ihnen, der Arzt Dr. Ernst Fuchs — genannt: Carlos Vanzetti — berichtet über seine Erfahrungen:

„Mir war von Anfang an klar, daß ich da nicht als Arzt mit einem weißen Kittel und einem roten Kreuz auf der Stirn 'rumlaufen konnte. Und wenn die Guardia kommt, dann sage ich, ich bin Arzt aus Alemania.

Zuerst habe ich also eine militärische Grundausbildung gekriegt. **Damals habe ich bereut, daß ich nicht bei der Bundeswehr gewesen bin. Jeder militante Linke sollte dorthin gehen, statt zu verweigern. So eine Ausbildung und dann auch noch kostenlos, das darf man sich nicht entgehen lassen.**"



Rein in die Bundeswehr

... das war schon immer der Tip, den die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) und früher die Rote Garde den Jugendlichen, besonders den jungen Arbeitern, gegeben hat. (Nicht nur denen, die mal nach Mittelamerika wollen ...) Bei uns haben die Kriegsgewinnler, Rüstungsspekulanten, Ostlandritter, Atomkriegsplaner immer noch die Macht, und wir finden: das sollte nicht so bleiben. Wenn wir sie aber endgültig loswerden wollen, werden wir sie zum Abtritt zwingen müssen. Durch den einigen, revolutionären Kampf der Arbeiterklasse — dr auf den entschiedenen Widerstand der Ausbeuter und ihrer bewaffneten Truppen stoßen wird.

Wenn sie einen Krieg vom Zaun brechen, werden sie Arbeitern Waffen in die Hände drücken. Auf wen sollen sie schießen? Auf ihre Klassenbrüder aus irgendeinem anderen Land? Oder sollen sie die Waffen gegen die Kriegstreiber kehren — und Frieden schaffen?

Wir verteidigen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Keine Frage, ganz entschieden. Aber: Kämpfen lernen ist trotzdem besser. In der Bundeswehr, unter den vielen zum Wehrdienst Gezogenen, kann man auch wertvolle und lohnende Arbeit — Zersetzungsarbeit — machen.

Damit der Rekrut im Ernstfall nicht tut.

Damit immer mehr sagen: Frieden schaffen — mit unseren Waffen!



• **Aufkleber:** „Nachrüstung — TODsicher" und „NATO bedroht dein Leben — Neutralität". Stückpreis 10 Pfennig.

Verlag Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

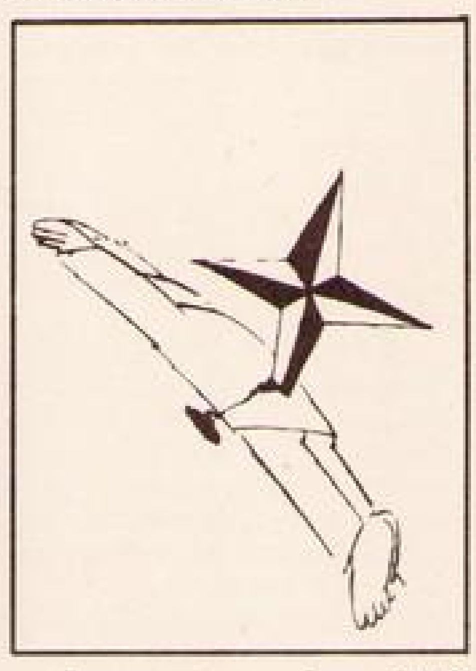
NATO-Manöver:

Krieg im Frieden

Widerstand gegen Manöverterror

Die Herbstmanöver der NATO beginnen. In Ramstein flogen bereits US-Truppen ein. Die Bundeswehr mischt kräftig mit. Friedenskampf konkret heißt auch; Widerstand gegen Manöverterror.

„Stört das NATO-Manöver. Vom 16. bis 30.9.83 findet im Gebiet zwischen Köln und Schleswig-Holstein das NATO-Großmanöver „Atlantic Lion" statt. Im wesentlichen entlang eines 40 Kilometer breiten Streifens der deutsch-niederländischen Grenze. An dieser Großübung werden 24 000 niederländische, 11 000 amerikanische, 5 000 deutsche und 600 britische Soldaten teilnehmen.



Insgesamt werden 2450 Panzerfahrzeuge — darunter allein 1 000 amerikanische und 9770 andere Fahrzeuge eingesetzt. Diesem Großmanöver werden drei andere Übungen vorausgehen, u.a. Reforger 83 (Return Forces to Germany), die sogenannte Big-Lift-Aktion Anfang September. Dabei werden 10000 der beteiligten US-Soldaten (1. US Cavalry Division) ein Teil der schnellen Eingreiftruppen der USA von Texas aus in die BRD eingeflogen.

Dafür wird zum erstenmal, trotz massiver Proteste, der Zivilflughafen Düsseldorf-Lohausen benutzt. Offensichtlich geht es darum, unter Krisen- bzw. Kriegsbedingungen zu üben, wenn die Militärflughäfen ausgelastet oder zerstört sein sollten."

Das ist der Anfang eines Flugblatts, das zur Zeit vom Kreisverband Krefeld der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg verbreitet wird. Darin wird auch zu einer Aktionskonferenz gegen das Manöver „Atlantic Lion" aufgerufen, die am 11.9. um 12 Uhr in der Südstr. 80 in Krefeld beginnen soll. — Ein Beispiel, das hoffentlich auf Resonanz stößt und Schule macht.

In dem Flugblatt heißt es, nachdem auf die Atomkriegsgefahr und die aggressive Politik der USA hingewiesen wurde, weiter:

„Nicht nur der Kriegsschauplatz soll erprobt werden, sondern auch die Soldaten für den Ernstfall gedrillt und die Bevölkerung psychologisch auf den Krieg vorbereitet werden. So werden während der zweimal jährlich stattfindenden Manöver am Niederrhein die in Arsbeck stationierten Pershing I zwischen den verschiedenen möglichen Feuerstellungen hin und her transportiert. Dies wird möglicherweise auch während der alle fünf Jahre stattfindenden Großübung der Fall sein, die in diesem Jahr unter dem Namen „Atlantic Lion" läuft.

Nach dem Manöver vor fünf Jahren, das den Namen „Saxon Drive" trug, teilten NATO-Sprecher mit, das Übungsziel sei erreicht worden, die internationale Zusammenarbeit habe hervorragend geklappt. Bei dem Manöver wurden mindestens sechs Menschen getötet über 20 verletzt. Die entstandenen Sachschäden lagen in Millionenhöhe. Nichts anderes wird dieses Jahr das Ergebnis sein.

Wir meinen: der Kampf der Friedensbewegung darf nicht bei der Verhinderung der neuen Mittelstreckenraketen stehenbleiben. Unser Kampf muß sich gegen jeden Punkt der NATO-Kriegspolitik richten. Wir rufen alle Friedensfreunde auf: leistet Widerstand — stört das NATO-Manöver."

Auch die KPD und besonders die KJD werden dabei mithelfen.



Zehntausende Menschen beteiligten sich bereits an den ersten Aktionen des DGB zum Antikriegstag. Dabei waren die offiziellen Reden von sehr gemischter Qualität. Aber: Die Gewerkschafter bekundeten massenhaft ihren Friedenswillen und ihr „Nein" zur Raketenstationierung. Immer wieder wurden auch Streikaktionen gefordert, besonders für den „Tag der Betriebe" am 19. Oktober, während der Aktionswoche der Friedensbewegung; auch dort, wo Gewerkschaftsführer dem Streikgedanken in ihren Reden eine Abfuhr erteilen wollten. In diesem Sinne muß nun überall mobilisiert werden!

Ein neues Recht, eine uralte Taktik und ein ganz neues Verhältnis

Kaum hatte sich der Bundesrat mit Mehrheit auf den Einführung eines verschärften Demonstrationsstrafrechts geeinigt, kam es heraus, daß einer der Anheizer der sogenannten Krefelder Krawalle ein V-Mann des Westberliner Verfassungsschutzes ist.

Als der mit Haftbefehl Gesuchte an der niederländischen Grenze bei Aachen verhaftet wurde, gab er sich zu erkennen. Bestürzung überall: Das war nicht eingeplant. Überraschung allerdings nur in Nordrhein-Westfalen bei der SPD; in Westberlin und in CDU-Kreisen wußte man es bereits. Man kennt ja seine Angestellten.

In einem war man sich allerdings schnell einig: Lummer und Schnoor erklärten übereinstimmend, der Einsatz von V-Leuten in linken Kreisen sei die selbstverständlichste Sache. Nur daß Schnoor, die Angriffe der Unionsparteien auf seine Person nach den Krefelder Ereignissen noch schmerzlich im Gedächtnis, sich empört darüber äußerte, daß sich hier ein Söldner des Staates als Provokateur und Gewalttäter erwiesen habe. Man könnte über diese jungfräuliche Naivität staunen, wüßte man nicht, daß sie pure Heuchelei ist. Als wenn die Verfassungsschutzagenten nicht schon immer als agents provocateurs tätig gewesen wären, egal unter welcher Regierung. Daß sie von den dafür verantwortlichen politischen und polizeilichen Stellen im Regen stehen gelassen werden, wenn man sie enttarnt, gehört zu ihrem Berufsrisiko.

So kriminell ist dieser Staat. So schafft er sich selbst Argumente für geplante reaktionäre Maßnahmen, zum Beispiel Einschränkungen von Grundrechten. Krefeld war *der* Aufhänger für die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts.

Das heißt allerdings nicht, daß jetzt diejenigen Recht behalten haben, die sich nach Krefeld sofort in hysterischen Distanzierungen gegen jede Art von Gegengewalt gegen die Gewalt des Staates bzw. seine reaktionären politischen Pläne ergangen haben. Die sich unter anderem ausgerechnet an die Polizeiführungen und die verantwortlichen Politiker wandten, um gemeinsame Konzepte gegen „Chaoten", „Störer" und Provokateure bei Demonstrationen zu erarbeiten. Die jeden aufbegehrenden Jugendlichen für den Gottseibeiuns halten, der aus „ihren" Demonstrationen vertrieben gehört. (Dies ist ja keine Diskussion über sinnvolle Taktiken bei einer Demonstration.)

Der Einsatz von Provokateuren ist eine uralte Taktik der Reaktion. Besonders leicht haben sie es in Gruppen, die ihr eigenes Verhalten im wesentlichen auf militante Aktionen reduzieren und mit aktiver Politik und Massenarbeit nicht viel am Hut haben. All das ist bekannt. Wer darauf allerdings mit Panik reagiert und gar meint, nur die eigene unbedingte Friedfertigkeit und womöglich noch die offene Zusammenarbeit mit Staatsorganen könne ihm helfen, macht sich selber wehrlos.

Der Bundesrat hat jetzt also dem neuen Demonstrationsrecht seine Zustimmung gegeben. Gleichzeitig waren aus den Reihen prominenter Friedensdemonstranten merkwürdige Töne zu hören. Nach der Blokkadeaktion in Mutlangen hieß es in einem Fernsehbericht, Polizei und Blockierer hätten übereinstimmend die Aktion als Erfolg gewertet. Aus den Reihen der Demonstranten sei verlautet, dies sei „ein Modell für ein neues Verhältnis zwischen Bürger und Staat". (Man höre! Als Symbol für dieses neue Modell könnte man im Fernsehen des In- und wohl auch des Auslandes immer wieder gezeigten berittenen Polizisten mit dem Blumenstrauß im Arm wählen ...)

Bei Bitburg ging die Polizei bekanntlich anders zur Sache, und das ist in Wahrheit ein Modell dafür, wie sie überall mit Demonstranten umspringen wird, wenn sie nur will und wenn die Demonstrationen bleiben, was sie sind.

Um neue Verhältnisse zwischen Bürgern und Staat zu schaffen, brauchen wir einen anderen Staat.

Nach Mutlangen wird immer deutlicher, daß wir auch andere Verhältnisse im Friedenskampf brauchen. Nicht dadurch, daß jetzt überall besinnungslos gegen die Gewalt des Staates angerannt wird. Sondern dadurch, daß die Kraft massiver in den Kampf eintritt, von deren Verhalten das politische Schicksal dieses Landes tatsächlich abhängt: die Arbeiterklasse. „Wenn man Pershing stationieren will, stehen alle Räder still", konnte man am Antikriegstag verschiedentlich hören. Das ist die richtige Richtung.

Vor 10 Jahren — Militärputsch in Chile

Chile — 10 Jahre nach dem Putsch

Am 11. September setzte ein Militärputsch der reaktionärsten Kräfte Chiles mit Unterstützung des US-Imperialismus der legalen Regierung des Präsidenten Allende ein Ende. Um die begonnene demokratische Entwicklung der von breiten Massen unterstützten Regierung der Unidad Popular zu stoppen, ging die Reaktion mit blutigem Terror vor.

Die chilenische Reaktion und ihre Schutzherren in Washington hatten sich nie mit der richtigen Politik der Regierung Allende abgefunden, die eine Reihe von progressiven, für die Volksmassen günstige Schritte zur Stärkung der nationalen Wirtschaft durchführte, die die ausländischen, vor allem die beherrschenden US-Monopole angriff. Schon monatelang vor dem 11. September war in Chile von reaktionären Kreisen vorsätzlich Unruhe erzeugt worden, war der Putsch zusammen mit den USA geplant worden.

Aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr des 11. September 1973 dokumentieren wir im folgenden Auszüge aus den Aufzeichnungen des persönlichen Beraters des Präsidenten der Regierung der Unidad Popular, Joan E. Garces. Sie vermitteln nicht nur ein dichtes Bild der dramatischen letzten Stunden im Regierungspalast, sondern verdeutlichen auch, wie unvorbereitet und wenig gewappnet die Regierung und das Volk sich dem Putsch der Militärs gegenübersahen.

Unsere Auszüge beginnen mit den frühen Morgenstunden des 11. September 1973.

Im Kabinett gibt es drei Telefone, die mit drei Rundfunkstationen verbunden sind. Sie wurden extra installiert, damit die Stimme des Präsidenten direkt in den Äther gehen kann. Es ist 7.55 Uhr. Allende nimmt den Hörer von Radio Corporación ab und bittet um Direktschaltung auf den Sender:

„Hier spricht der Präsident der Republik aus dem Palast ‚La Moneda‘. Bestätigte Informationen besagen, daß ein Teil der Seestreitkräfte Valparaiso isoliert habe und die Stadt besetzt sei. Das ist ein Aufstand gegen die Regierung, die unter dem Schutze des Gesetzes und des Bürgerwillens steht. Unter diesen Umständen rufe ich vor allem die Arbeiter auf, ihre Arbeitsplätze einzunehmen, in ihre Fabriken zu gehen, Ruhe zu bewahren und Wachsamkeit zu üben. Bis zu diesem Moment gibt es in Santiago keine außergewöhnlichen Truppenbewegungen, und wie mir der Chef der Garnison berichtet hat, befinden sich die Truppen in Santiago in den Kasernen und alles sei normal. Auf jeden Fall bin ich hier und verteidige die Regierung, die ich entsprechend dem Willen des Volkes vertrete. Ich wünsche insbesondere, daß die Arbeiter aufmerksam und wachsam sind und Provokationen vermeiden. Als erstes müssen wir die — ich hoffe, positive — Antwort der Soldaten des Vaterlandes abwarten, die geschworen haben, das bestehende Regime, das der Ausdruck des Bürgerwillens ist, zu verteidigen und der Doktrin des Berufsheeres treu zu bleiben, einer Doktrin, die Chile Ehre eintrug und einträgt. Auf alle Fälle muß das Volk und müssen vor allem die Arbeiter bereit sein, aber an ihren Arbeitsplätzen, und auf den Ruf und Instruktionen hören, die ihnen der Genosse Präsident der Republik geben kann."

Der Verrat ist offenkundig

Nach Auffassung Allendes waren die Arbeiterorganisationen auf militärischem Gebiet nicht in der Lage, außerhalb des Militärs und der Ordnungsstreitkräfte zu handeln, sondern nur in Verbindung mit diesen. Die Rundfunkbotschaft lag auf dieser Linie: Es obliege in erster Instanz den bewaffneten Körperschaften des Staates, den anscheinend nur in der Marine festgestellten Aufruhr zu unterdrücken. Die Arbeiter sollen nur in dem Falle als zusätzliche Kraft handeln, wenn die Kräfte des Staates nicht ausreichen, nicht aber stellvertretend für sie.

Um acht rufen wir im Hause des Vizepräsidenten der CUT, Rolando Calderón an:

„Hallo, Rolando, hier der Präsident (...) bringt die Radiosender der Rechten zum Schweigen und ‚El Mercurio‘, kümmern Sie sich um ‚El Mercurio‘." (...)

Im Kabinett hat jemand Radio Agricultura eingestellt. Eigentum der nationalen Gesellschaft ehemaliger Großgrundbesitzer. Es erklingt ein Militärmarsch. Weitere folgen. Es gibt keinerlei Erklärungen. Das wichtigste Mobilisierungsmedium der Opposition weiß noch nicht, was es zu sagen hat. Aber es ist offensichtlich, daß die Befehle, es zum Schweigen bringen, weder durch die Polizei noch durch die Gewerkschaften ausgeführt wurden.

Um 8.30 Uhr wird die Militärmusik durch ein Kommuniqué unterbrochen, das von einem anonymen Sprecher vorgelesen wird:

„Der Präsident der Republik hat die sofortige Übergabe seines Amtes an die bewaffneten Streitkräfte und Carabineros vorzunehmen. Presse, Rundfunk und Fernsehen der Unidad Popular haben mit sofortiger Wirkung alle Informationssendungen einzustellen; andernfalls werden sie aus der Luft und von der Erde aus bekämpft. Unterschrift: Regierungsmilitärjunta der bewaffneten Streitkräfte und Carabineros."

Durch die Radiomeldung beginnen wir zu verstehen, was gespielt wird. Diese „mutigen" Offiziere haben es nicht gewagt, ihre Absichten persönlich, ja nicht einmal telefonisch, zu übermitteln. Zum ersten Male erscheinen die Namen derjenigen, die die Verantwortung für die Geschehnisse übernehmen. Obwohl sie noch nicht ihr Gesicht zeigen bzw. ihre eigene Stimme hören lassen, kann man doch schon einige Schlüsse ziehen:

• In der Marine und bei den Carabineros hat es einen inneren Putsch gegeben. Die Chefs wurden abgesetzt, aber mit welcher Wirkung? Durch das Fenster sehe ich Carabineros in Schützenketten die Moneda verteidigen. Später gab es noch mehrere Tage lang Zusammenstöße zwischen Uniformierten, Erschießungen und Folterungen derjenigen, die sich dem Aufstand nicht anschlossen.

• In der Luftwaffe und im Heer sind es die Oberkommandierenden selbst, die zur sogenannten Junta gehören. Was Leigh betrifft, so ist das kein größeres Mysterium, die Überraschung ist Pinochet. Der Mann, der „treu bis zur letzten Konsequenz" war, der Vertrauensmann, der die Intrigen der Verschwörer aufdeckte und der mit höchster Vertraulichkeit über Maßnahmen diskutierte, sie unter Kontrolle zu halten und aus dem aktiven Dienst zu entfernen — dieser Mann war es, der den Aufstand leitet. Und was war mit dem Chef der Garnison von Santiago, Brady? Hatte man ihn auch abgesetzt oder log er und wartete ab, welche Seite sich als die stärkere erweisen würde? Stunden später stand sein Name unter der Erschießungsliste der Rechtsanwälte, Wirtschaftler und Ärzte, die den Angriff auf die Moneda überlebt hatten.

Zum erstenmal in der Geschichte des chilenischen Heeres leitete sein Oberbefehlshaber einen Putsch gegen den Präsidenten der Republik. (...)

Die Tatsache, daß der Oberkommandierende des Heeres an der Spitze der Erhebung stand, bedeutete, daß die demokratischen Kräfte in diesem Teil des Militärs außerstande waren, sich dem Putsch zu widersetzen. Die Disziplin der bewaffneten Institutionen und ihre sozialpolitischen Charakteristika verhinderten, daß die Werktätigen die Streitkräfte „horizontal", unabhängig von ihrer Hierarchie, spalten konnten. Als Allende um 8.30 Uhr die wahre Haltung des Oberkommandierenden erfuhr, war er sicher, daß er nicht mit dem Heer rechnen konnte, es sei denn, daß der Widerstand seitens regierungstreuer Truppenteile längere Zeit aufrechterhalten werden könnte und es den Putschgegnern unter den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten erlauben würde, die Befehle der selbsternannten Militärjunta zu verweigern sowie die Organisationen der Arbeiterklasse einzugliedern. Diese Hypothese konnte zwischen 8.30 Uhr und 9,00 Uhr noch nicht ausgeschlossen werden. Der innere Putsch bei den Carabineros zwang uns jedoch, sie angesichts der Lage, in der wir uns befanden, endgültig fallenzulassen. Keine der Parteien bzw. Organisationen des Volkes war in der Lage, der militärischen Situation die Stirn zu bieten. Weder einzeln noch gemeinsam waren sie dazu fähig: Die Struktur der Volksbewegung bot nicht die Bedingungen, der Aggression zu begegnen.

Die Regierung hatte die Unterstützung der bewaffneten Organe des Staates — der soeben zerbrökkelt war — verloren. Die physische Gewalt erhob sich zur einzigen Machtinstitution. Die Macht auf demokratischer Grundlage, eingebettet in einen Rechtsstaat, war zusammengebrochen.

Kurz nach neun legte Allende in seiner vierten Rundfunkrede seine Position dar. Jene Mittel, die es ihm im Verlaufe dreier Jahre gestattet hatten, die in- und ausländischen Kräfte zu zügeln, die an der Entfesselung eines Bürgerkrieges interessiert waren, existierten nun nicht mehr. Als Staatsoberhaupt bleibt ihm jetzt nur noch, die moralische Größe seiner Person geltend zu machen:

„Ich werde die Verteidigung der Prinzipien, die diesem Lande teuer sind, mit meinem Leben bezahlen. Diejenigen, die ihre Verpflichtung verletzt, ihr Wort gebrochen und die Doktrin der bewaffneten Streitkräfte mit Füßen getreten haben, werden ein Schandfleck bleiben."

Das Einverständnis mit dem Tod als Bejahung des Rechtes auf Leben äußert sich in seinen Worten:

„In diesem Moment überfliegen uns die Flugzeuge. Es ist möglich, daß sie uns durchlöchern. Aber Sie sollen wissen, daß wir hier sind, zumindest mit unserem Beispiel, daß es in diesem Lande Menschen gibt, die ihre Pflicht zu erfüllen wissen. Ich werde sie erfüllen im Auftrage des Volkes und durch den bewußten Willen eines Präsidenten, der die Würde des Amtes besitzt. (...) Das Volk muß aufmerksam und wachsam sein. Es soll sich nicht provozieren und nicht massakrieren lassen. Aber es soll auch seine Errungenschaften verteidigen. Es soll das Recht verteidigen, mit seinen eigenen Anstrengungen ein würdiges und besseres Leben aufzubauen." (...)

Um 9.10 Uhr versucht Allende erneut, über den Rundfunk zu sprechen. Radio Corporación ist bombardiert worden, die Antenne von Radio Portales wurde in die Luft gesprengt. Es bleibt ihm nur ein Sender, Radio Magallanes:

„Angesichts dieser Tatsachen bleibt mir nur noch, den Werktätigen zu sagen: Ich werde nicht zurücktreten. In eine Periode historischen Übergangs gestellt, werde ich die Treue des Volkes mit meinem Leben entgelten. Und ich sage Ihnen: Ich habe die Gewißheit, daß die Saat, die wir in das würdige Bewußtsein Tausender und Abertausender Chilenen gepflanzt haben, nicht herausgerissen werden kann..."



Zehn Jahre nach dem Putsch der Militärs hat sich der Widerstand gegen die faschistische Diktatur auf großer Breite entwickelt. Hier das Bild einer Demonstration vom Sommer dieses Jahres.

Die Fenster sind geschlossen. Im Halbdunkel lauschen etwa zwanzig Personen bewegt dieser Abschiedsbotschaft. Draußen machen die Flugzeuge rasante Einschüchterungsflüge. Es ist ungefähr halb zehn.

„In zwei Minuten werden wir angegriffen."

Allende geht aus dem Kabinett, um die Verteidigung des festen Gebäudes aus dem 18. Jahrhundert zu prüfen. Man hört die ersten Schüsse, zunächst von Maschinengewehren, dann von schwerer Artillerie und Panzern. Aus dem Innern des Gebäudes antworten einige Gewehre und Maschinenpistolen.

Die Berechtigung eines Kampfes

Der Widerstand in der Moneda hatte mehr einen politischen als einen militärischen Sinn. Nach der ersten Stunde des Feuerwechsels kommt die Nachricht, daß die Luftwaffe die Residenz Tomás Moro bombardiert habe. Die Rundfunksender kündigen ein Ultimatum an:

Die Luftwaffe habe Order, um 11.00 Uhr auch die Moneda zu bombardieren. Angesichts dieser Mitteilung beschließ Allende, die Zahl der Opfer zu reduzieren und entläßt die Präsidentengarde der Carabineros, die geschlossen abzieht, ebenso die Generale Urrutia und Alvarez. Der Generaldirektor, Sepúlveda Galindo, verläßt als letzter Militär das Gebäude, eine halbe Stunde, nachdem er den Befehl dazu erhalten hatte und wenige Minuten bevor die „Hawker Hunter" ihre ersten Bomben werfen.

Ehe das Geschwader anrückt, gelingt es Allende durch einen Verbindungsfehler am Telefon die Stimme des Generals Baeza — nach dem 11. September zum Generaldirektor der Staatlichen Sicherheitsbehörde ernannt —, des Chefs der Operationen in Santiago zu hören:

„... von denen in der Moneda darf keine Spurbleiben, besonders von Allende. Sie müssen wie Ungeziefer vernichtet werden. (...) Das Objekt muß aus der Luft und von unter zerstört werden..."

Die ultrarechten Offiziere begannen die Zentristen, die den Putsch begonnen hatten, zu verdrängen.

Im Innern des Palastes verbleiben etwa fünfzig Zivilpersonen, unte ihnen ungefähr fünfzehn Mitglieder der Sozialistischen Partei und sechs Polizisten, die alle zum persönlichen Schutz des Präsidenten gehören.

Einundzwanzig Männer mit Waffen sind die ganze Gefechtsstärke, gegen die Infanterie, Panzerwagen und Jagdbomber geworfen werden. Das Resultat ist für alle abzusehen. Die übrigen Anwesenden gehören dem persönlichen Mitarbeiterstab des Präsidenten an. Die Todesangst beherrscht jeden einzelnen. Minuten vor der Bombardierung versammelt Allende seine Mitarbeiter im Wintergarten. Sie befinden sich freiwillig hier und sollten entscheiden, was sie tun wollten. Arsenio Poupin, Rechtsanwalt, Stellvertreter des Generalsekretärs der Regierung, sagt:

„Unsere Pflicht ist es, hier zu bleiben."

Die übrigen antworten auf ähnliche Weise: zwei Journalisten, ein Wirtschaftler, vier Ärzte, ein Soziologe, ein Psychologe, eine Frau — Miriam Contreras — usw. Olivares fällt während des Kampfes.

Die übrigen werden festgenommen, und zwei Tage später stirbt die Hälfte von ihnen unter der Folter im Regiment Tacna. Nur sehr wenigen gelingt es, den Angreifern zu entkommen.

Zur gleichen Stunde führt das Politische Komitee der Unidad Popular im Industriebetrieb Sumar eine Versammlung durch, deren Beschluß gegen 11.30 Uhr in Umlauf gesetzt wird: Keinen Widerstand leisten! Die Arbeiter sollen ihre Arbeitsplätze verlassen und in ihre Wohnungen zurückkehren!

Um 12.30 Uhr, nachdem die vier „Hawker Hunter" zum wiederholten Male ihre Raketen abgefeuert hatten, brennt die Moneda an allen Seiten. Im Inneren machen Giftgase und Qualm das Atmen fast unmöglich. Die wenigen verfügbaren Gasmasken werden verteilt; die sie erhalen haben, kehren an ihre Plätze zurück. Infanterietruppen, von General Palacios befehligt, beginnen den Angriff, während die Panzer die Fenster der ersten Etage beschießen. Die zwei Dutzend Zivilpersonen schaffen es, inmitten der Flammen und einstürzenden Decken und Wände, eine weitere Stunde Widerstand zu leisten. Gegen 13.30 Uhr gelangen die ersten Soldaten in den Flügel, der zur Straße Morandé liegt, wo sich die Überlebenden konzentriert haben. Das Kabinett des Präsidenten, der Ministerratssaal, das Privatsekretariat werden ein Opfer der Flammen.

Kurz vor zwei Uhr nachmittags stirbt Allende. Er hatte das Gewehr in den Händen, mit denen er gekämpft hatte.

Die letzte Barriere für die ausbrechende Gewalt ist gefallen.

Unruhen in Pakistan

Diktator Zia unter Druck

„Zia, Zia behija", „Schande über Zia" schallt es in diesen Tagen in vielen Städten Pakistans durch die Straßen. Große Teile der Bevölkerung, die unter der Diktatur des Generals Zia ul-Haq leiden, sind in Bewegung geraten, demonstrieren immer heftiger gegen das Militärregime.

Vor sechs Jahren putschte General Zia sich an die Macht. Seinen Vorgänger Bhutto ließ er hängen, mit den gleichen Vorwürfen, die ihm heute das Volk macht: absolute Machtfülle für eine kleine Clique von Militärs, völlige Rechtlosigkeit und totale Unterdrückung für das Volk.

Nach dem Putsch des Diktators kündigte man an, „sechs Monate nach der Machtübernahme" freie Wahlen durchzuführen. Im April 1982 hielt Zia die Wahlen für „in einem Jahr möglich", im November war die Zeitspanne schon auf „zwei bis drei Jahre" angewachsen und jetzt ist es vorläufig völlig offen. Die alte Verfassung, seit 1973 schon außer Kraft, wird zur Zeit geändert, strenge reaktionäre islamische Prinzipien sollen alle Elemente der bürgerlichen Demokratie ersetzen.

Gültig ist in Pakistan praktisch dauerndes Kriegsrecht. Die Notverordnungen Nr. 53 und 48 sind die wichtigsten Gesetze. Nummer 53 sieht die Todesstrafe für alle Aktivitäten vor, „welche Unsicherheit, Angst und Mutlosigkeit in der Öffentlichkeit auslösen können". Nummer 48 droht allen Bürgern, die sich politisch betätigen oder zu politischen Aktionen aufrufen, Zuchthausstrafen bis zu 14 Jahren, Auspeitschungen und hohe Geldbußen an.

Aber in den letzten Wochen vergeht kein Tag in Pakistan ohne massive Unruhen. Tote und Verletzte sind an der Tagesordnung, die Gefängnisse sind überfüllt. Hintergrund dieser Widerstandsbewegung ist die Offensive reaktionärer islamischer Geistlicher, die mehr und mehr an Macht gewinnen und das Land praktisch ins tiefste Mittelalter zurückzerren wollen. Öffentliche Auspeitschungen sind schon an der Tagesordnung, Dieben soll die Hand abgehackt werden, Frauenpolitik lautet danach so: „Ihr Platz ist in den eigenen vier Wänden", Frauen dürfen nur tiefverschleiert in die Öffentlichkeit, ein Gesetzentwurf sieht vor, der Zeugenaussage einer Frau nur halb soviel Gewicht beizumessen wie der eines Mannes; pakistanische Frauen durften schon im letzten Jahr nicht an der asiatischen Sportolympiade teilnehmen.

Während sich im Volk ein immer breiterer massiver werdender Widerstand entwickelt, hat die Diktatur gute Freunde. Neben den Scheichs aus Saudi-Arabien stützt vor allem Ronald Reagan die Junta: Rund 3,2 Milliarden Dollar, als Wirtschafts- und Militärhilfe verpackt, läßt sich Washington die Unterstützung seines extrem antikommunistischen Freundes Zia in den nächsten fünf Jahren kosten.

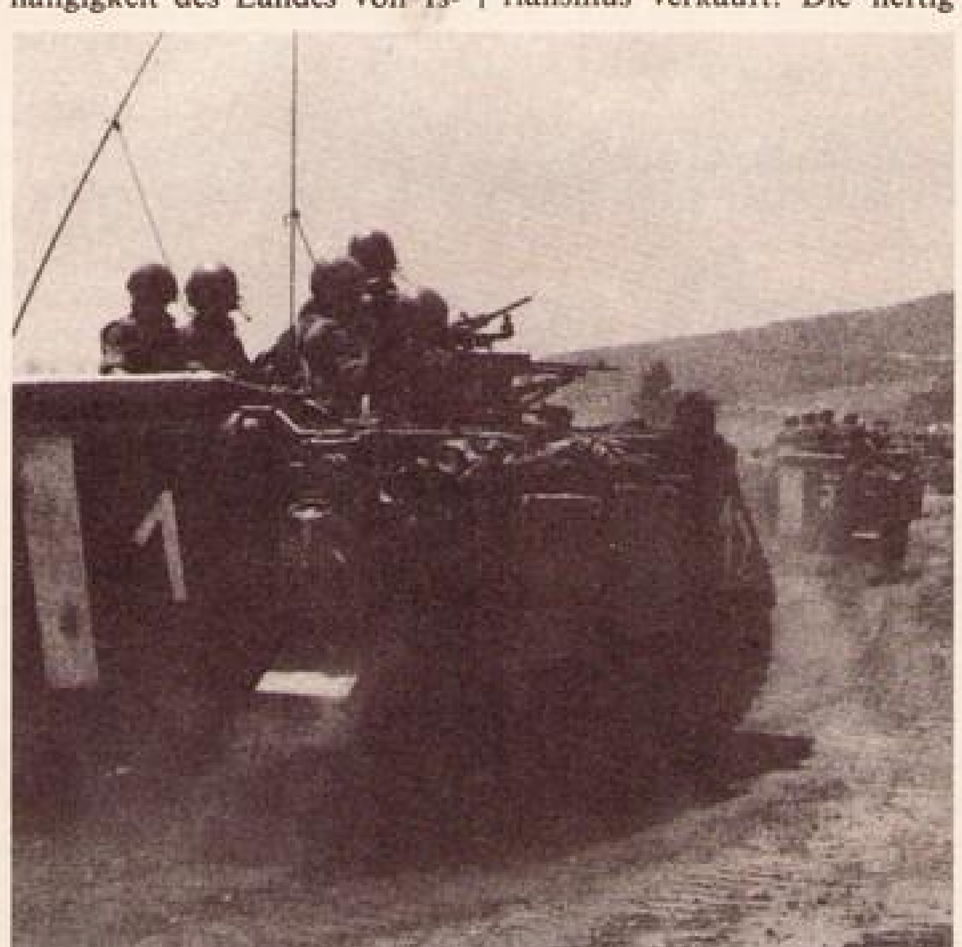
Nach dem Scheinabzug israelischer Truppen

Weiter Krieg im Libanon

Aktive Beteiligung der US-Army

„Erneuter Bürgerkrieg nach dem Abzug israelischer Truppen aus dem Libanon" — so oder ähnlich lauteten letzte Woche die Meldungen über die Situation in Nahost. Festzustellen bleibt aber: erstens sind die israelischen Truppen nicht abgezogen, sie haben sich auf eine neue Linie im Libanon zurückgezogen und lediglich 15 Prozent des von ihnen besetzten Teils des Landes aufgegeben und zweitens: Der Krieg im Libanon hatte nie aufgehört.

Israel hat in den Teilen des Libanon, die es bisher besetzt hielt, getreue bewaffnete Einheiten eingesetzt, die weiter die Abhängigkeit des Landes von Israel sichern sollen. Es handelt sich um die Soldaten falangistischer Milizen, die zum größten Teil sogar von der Partei des Präsidenten Gemayel kommandiert werden. Die offiziellen Regierungstruppen feuern vor allem auf die Anhänger des Führers der „Sozialistischen Fortschrittspartei" Walid Dschumblatt. Diese Bewegung, gemeinhin als Drusen bezeichnet, kritisiert vor allem die Unterwerfungspolitik des Staatspräsidenten Amin Gemayel, der jede von Israel oder den USA diktierte Bedingung akzeptiert, der sein Land an den westlichen Imperialismus verkauft. Die heftig aufgeflammten Kämpfe im Libanon, auch in der Hauptstadt Beirut, sind nichts anderes als ein Vernichtungsfeldzug gegen die Opposition.



Israelische Panzer im Libanon. Sie sind immer noch im Land.

Nach dem Einmarsch der Israelis wurden mit Bomben und Granaten alle Stellungen der Palästinenser zu Schutt und Asche gemacht, wurden diese Stützpunkte des Widerstands gegen die israelische Großmachtpolitik zerstört. Der zweite Feldzug gilt jetzt der inneren Opposition im Libanon. Falangisten und die „reguläre" Armee des Landes beschießen zusammen die Stellungen der Drusen, wollen im Sinne der Zionisten „Ruhe" im Lande herstellen.

Die Stellungen der Drusen im Shuf-Gebirge vor Beirut werden aber nicht nur von diesen Kräften unter Beschuß genommen. Die große „Schutzmacht" des Libanon, die USA, mischen voll mit.

So haben US-Kampfhubschrauber vom Typ „Cobra" Stellungen der Drusen in Vororten Beiruts angegriffen und in der Nähe des Stadtzentrums von Beirut wurde eine ganze Einheit von US-Soldaten in einem Landemanöver in die Stadt abgesetzt, Verstärkung für die „Friedenstruppen". Und der US-Flugzeugträger „Eisenhower", kürzlich noch vor Libyen US-amerikanische Stärke demonstrierend, ist vor die libanesische Küste beordert worden, um, so ein US-Militärsprecher, „die Schlagkraft der USA deutlich zu machen".

Nach weiteren Bombenangriffen von US-Hubschraubern sollen die amerikanischen Soldaten jetzt auch den Befehl erhalten haben, mit Artillerieeinsatz gegen die Stellungen der Opposition im Libanon vorzugehen. Nach Meldungen der Fernsehanstalt ABC will Ronald Reagan die Truppen der USA von 1200 Soldaten um weitere 1000 erhöhen.

So stellt sich bei genauerem Hinsehen der „Bürgerkrieg" im Libanon als nichts anderes dar als der Versuch der USA, Israels und der von ihnen abhängigen Bourgeoisie des Landes, die Kräfte zu vernichten, die sich gegen die Zerstückelung des Landes, gegen seine Aufteilung in Interessensphären der feindlichen Nachbarländer wehren.

Begins Nachfolger Schamir sichert die Kontinuität der reaktionären Politik des Zionismus

Tagelang spekulierte die Presse: Tritt Begin zurück oder nicht? Ändert sich was in Israel oder an Israels Politik nach der „Aera Begin"? Der Besuch Helmut Kohls wurde abgesagt, in dieser innenpolitisch undurchsichtigen Situation wußte man nicht, wer eigentlich das Sagen hat in Israel.

Jetzt ist die Situation klar: ***Nichts, rein gar nichts wird sich ändern in Israel, der nominierte Nachfolger Menachim Begins steht für die gleiche Politik, für die Begin eingetreten ist.***

Begin, der seit 1977 eine Politik der Aggression für ein Groß-Israel betreibt, die Ausrottung des palästinensischen Volkes auf seine Fahnen geschrieben hat, der für den Einmarsch in den Libanon und die Massaker in den Lagern von Sabra und Shatila Verantwortung trägt, hat in Jizchak Schamir einen würdigen Nachfolger gefunden. Mit großer Mehrheit seiner Cherut-Partei wurde Schamir für das Amt des Präsidenten nominiert und die Mehrheitsverhältnisse in der Knesset lassen seine Wahl als sicher erscheinen.

Wie Begin kommt Schamir aus der rechtsradikalen zionistischen Bewegung, die schon vor der Gründung des Staates Israel gegen die in der Region lebenden Palästinenser kämpfte. Wie Begin träumt er von einem „Groß-Israel", sieht sich von der ganzen Welt angefeindet und traut noch nicht einmal den US-Imperialisten, die sein Land aufrüsten und als Brückenkopf für ihre Einflußnahme im Nahen Osten jede Unterstützung gewähren.



Jizchak Schamir

Gemeinsamkeiten zwischen Begin und Schamir gibt es viele. War Begin vor Gründung des Staates Israel einer der Hauptaktivisten der terroristischen Organisation Irgun, die mehrere Massaker an Palästinensern auf dem Gewissen hat, so war Jizchak Schamir Aktivist der Lechi-Untergrundbewegung, einer der schlimmsten Organisationen des zionistischen Untergrunds, die das alte „heilige Land" von den dort seit Jahrtausenden lebenden Palästinensern befreien wollte. Und noch heute ist er überzeugt von „der absoluten Zuversicht in die Ewigkeit des jüdischen Volkes". Für die konkrete, praktische Politik bedeutet das nichts anderes, als daß Israel unwiderruflich an der Besetzung des westlichen Jordan-Ufers festhalten will, daß eine unversöhnliche, zur Not mit Waffen durchzusetzende Politik gegenüber den arabischen Nachbarstaaten feste Linie ist.

Nicht zuletzt den israelischen Falken, den Kriegstreibern gegenüber dem Libanon, den eingeschworenen Gegnern aller gerechten Forderungen der Palästinenser verdankt Schamir seinen Aufstieg zum Premier. Für diese Leute muß Schamir Politik machen. Das heißt auch, Politik gegen die in Israel wachsende Bewegung gegen den Krieg und gegen die großen sozialen Lasten, die der Aggressionskurs den Israelis aufzwingt.

Die Marcos-Diktatur wankt



PHILIPPINEN. — Zu einer großen Protestkundgebung geriet die Beerdigung des auf dem Flughafen von Manila erschossenen Oppositionspolitikers Aquino. Zwei Millionen Menschen waren auf den Beinen um „Ninoy" Aquino, wie er genannt wurde, das letzte Geleit zu geben. „Hindi ka nagiisa, Ninoy" (Du bist nicht allein, Ninoy), war eine der Parolen und „Marcos, du bist jetzt allein". „Marcos, Marcos, lach' nur, solange du kannst, aber denk an das Schicksal des Schahs von Persien", riefen die Demonstranten. Die Marcos-Diktatur war lange nicht mehr so unter Druck geraten.

Es ist aber nicht nur der abscheuliche Mord an dem Oppositionspolitiker, der die Massen bewegt. Bei mehr als 20 Milliarden Dollar Auslandsschulden leben 60 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Und neben der Opposition, die eine bürgerlich-parlamentarische Alternative zur Diktatur will, gewinnt die radikale Fraktion des Widerstands immer mehr an Boden. Ein Freund Aquinos sagte jetzt: „Wir sind nur 30 Prozent der Opposition, die übrigen 70 Prozent sind schon in den Bergen". Der Kampf bewaffneter Einheiten hat begonnen.

Unser Bild zeigt einen Teil der Demonstration zur Beerdigung Aquinos.

Erneute Proteste in Polen



Zum dritten Jahrestag der Unterzeichnung des Abkommens von Gdansk zwischen der Regierung und der Gewerkschaft Solidarność, die seit der Verhängung des Kriegsrechts verboten ist, kam es in ganz Polen zu vielen Protestaktionen der Arbeiter.

Sogar die polnische offizielle Nachrichtenagentur PAP meldete „Versuche, Demonstrationen zu veranstalten" aus „Danzig, Breslau, Warschau, Nowa Huta, Tschenstochau und anderen Orten". Wie hart es dabei zuging, zeigt wieder ein PAP-Zitat, nach dem die Demonstranten das folgende Verhalten an den Tag gelegt hätten: „Aggressives Verhalten, Steinwürfe und Schmährufe gegen Polizeibeamte", „Vandalismus und pures Rowdytum". Mit anderen Worten, der Jahrestag des Abkommens, das damals die Gewerkschaft Solidarność erkämpft hatte, war ein Tag des massiven Protestes in Polen. Die Arbeiter, ihre verbotene Gewerkschaft, sehen die von Jaruzelski und Co. verkündete „Normalisierung" nicht als endgültig an.

Unser Bild zeigt polnische Polizisten, die Anhängern der Solidarność verwehren, Blumen und Kränze am Denkmal für die erschossenen Arbeiter der Kämpfe von 1970 auf der Lenin-Werft in Gdansk niederzulegen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



VICTOR JARA — Compañero



„Ob es sich um Lieder der Liebe, der Anklage, des Gelächters oder des Kampfes handelt, immer haben meine Lieder ihre Wurzeln in der Wirklichkeit meines Volkes, der chilenischen Bauern und Arbeiter; sie sind auch ein Ausdruck meines eigenen Lebens, denn das ist meinem Volk und dem Volk Lateinamerikas in ihrem Kampf für die Befreiung gewidmet.“

Victor Jara wurde am 15. September 1973 im Fußballstadion von Santiago de Chile von den Militärs ermordet. Nach Folterungen — man brach ihm die Hände, damit er nie mehr Gitarre spielen könne, war er nach Aussagen vieler Überlebenden dieses ersten KZs der Pinochet-Junta ungebrochen. Neben einigen von seinen Texten wollen wir hier wiedergeben, was Pete Seeger, amerikanischer Volkssänger über Victor Jara geschrieben hat:

Victor Jara, einer der beliebtesten jungen chilenischen Sänger und Liederdichter, der sich mit Haut und Haar dem Kampf für ein neues demokratisches Chile verschrieben hatte, wurde am 11. September 1973 verhaftet, als die Militärjunta mit der Hilfe der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika die Macht in Chile an sich riß.

Victor wurde gefoltert, zusammengeschlagen und dann im Estado Chile von Kugeln durchlöchert. Aber die Geschichte seines Heldentums wurde von Mund zu Mund aus dem Stadion herausgeschmuggelt. Wir wissen jetzt, wie gewiß auch er gewußt hat, daß die Liederdichter zu den glücklichsten Künstlern gehören, weil sich wieder erwiesen hat, daß es unmöglich ist, ein gutes Lied umzubringen.

Jetzt weilt er bei den anderen, bei Taras Shevchenko aus der Ukraine, Robert Burns aus Schottland, Joe Hill und Woody Guthrie, deren Lieder in den Herzen der Völker leben. Solange wir seine Lieder singen, solange sein Mut uns bewegt, mutiger zu sein, wird Victor Jara nicht sterben.

Pete Seeger

Die meisten Platten Victor Jaras, mit deutschen Übersetzungen der Texte sind bei der Plattenfirma „Pläne“ zu haben.



„Die beste Schule für einen Liedermacher ist das Leben, aber das heißt das Leben von uns allen, ein gemeinsam gelebtes und nicht durch das Fenster eines Studios erblicktes Leben.“

Der Pimiento ist ein Strauch mit außerordentlich roten Blüten, der in den trockenen und steinigen Wüsten Nordchiles wächst; in Victors Lied wird er in das Symbol der organisierten Arbeiterbewegung verwandelt, die in Atacama und den nördlichen Provinzen Chiles, einem Gebiet voller Erze und Bergwerke entstanden und groß und mächtig geworden ist.

Der Pfefferstrauch

Inmitten der Pampa
lebt ein Pfefferstrauch.
Sonne und Wind für sein Leben,
Sonne und Wind.

Vom Stein gekrönt
lebt der Pfefferstrauch.
Mond und Wind bewachen ihn,
Mond und Wind.

Wenn seine Zweige blühen,
ist es ein Feuerbrand.
So viel Rot verschäumt er,
über und über rot.

Niemand sieht ihn sich mühen
unter der Erde,
wenn er bei Tag und bei Nacht
seine Nahrung sucht.

Roter Pfeffer des Nordens,
von Atacama.
Ich vernehme den Gesang deiner Zweige
in der Wüste.

Du mußt weiterblühen
wie ein Feuerbrand,
denn der ganze Norden gehört dir,
ganz und gar dir,
ganz und gar dir.



„... vor allem, ich bin glücklich, jetzt zu leben (...) glücklich, nach Hause zu kommen, müde von der Arbeit (...) wirklich froh (...) denn wenn man dem Volk dienen kann mit dem ganzen Herzen und dem ganzen Sein und aller Kraft — dann fühlt man eine große Freude (...) als begänne man wieder vollkommen zu leben ...“

Über dies Lied schrieb Joan Jara, die Frau des Sängers: „Ich weiß, daß er sich sehr mutig verhalten hat. Ich weiß, daß er für seine Mitgefangenen eine Quelle der Zuversicht war. Ich weiß, daß er dort gesungen hat. Ich weiß, daß sie ihn zusammengeschlagen haben. Ich weiß, daß sie ihm Hände oder die Handgelenke gebrochen haben, und ich weiß, daß sie ihn nach zwei Tagen ermordet haben. Ich weiß auch, daß Victor in diesen Tagen im Stadion ein Lied komponiert hat, daß später herausgeschmuggelt und von seinen Mitgefangenen gelernt worden ist“.

Chile Stadion

Es sind fünftausend von uns hier
in diesem kleinen Stückchen Stadt.
Wir sind fünftausend.
Ich wüßte gern, wie viele wir sind
in den Städten und im ganzen Land?
Hier allein
sind zehntausend Hände, die pflanzen
und Fabriken betreiben.
Wieviel Menschlichkeit
ausgesetzt dem Hunger, der Kälte, der Angst, der Qual,
der Unterdrückung, dem Terror, dem Wahnsinn?
Sechs von uns sind verloren
wie im Weltraum.
Einer tot, einer geschlagen, wie ich nie geglaubt hätte,
daß ein Menschenwesen geschlagen werden kann.
Die anderen vier wollten ihre Qualen beenden —
einer sprang ins Nichts,
einer schlug den Kopf auf die Mauer,
aber alle mit dem starren Blick des Todes.
Was für ein Grauen die Fratze des Faschismus schafft!
Sie führen ihre Pläne mit der Präzision von Messern aus.
Ihnen ist alles gleich.
Für sie ist Blut wie ein Orden,
Schlächterei eine Heldentat.
Oh Gott, ist das die Welt, die du geschaffen hast?
Dafür deine sieben Tage voll Wundern und Taten?
In diesen vier Wänden gibt es nur eine Zahl,
die sich nicht vermehrt.
Die sich mehr und mehr nach dem Tode sehnt.
Aber plötzlich erwacht mein Gewissen
und ich sehe diesen Strom ohne Herzklopfen,
nur den Rhythmus von Maschinen
und die Militärs die ihre Hebammen-Gesichter aufsetzen,
voller Zärtlichkeit.
Laßt Mexico, Cuba und die Welt
gegen diese Schändlichkeit protestieren!
Wir sind zehntausend Hände,
die nichts produzieren können.
Wieviele von uns im ganzen Land?
Das Blut unseres Präsidenten, unseres companeros,
wird kühner Kämpfen als Bomben und Maschinengewehre!
Auch unsere Faust wird wieder kämpfen.

Wie schwer ist das Singen,
wenn ich den Schrecken singen muß.
Den Schrecken, den ich lebe,
den Schrecken, den ich sterbe.
Mich selbst unter so vielen sehen
und so viele Augenblicke der Unendlichkeit,
in denen Schweigen und Schreie
das Ende meines Gesanges sind.
Was ich sehe, habe ich nie gesehen.
Was ich gefühlt habe und was ich fühle,
wird den Augenblick erschaffen ...

Dieses Lied zeugt von der Bedeutung, die Victor Jara den zwischenmenschlichen Beziehungen gab und zeigt seine eigene Lust am Leben und an der Liebe.

Wenn ich zur Arbeit gehe

Wenn ich zur Arbeit gehe,
denke ich an dich.
Auf den Straßen des Viertels
denke ich an dich
Wenn ich die Gesichter betrachte
durch die beschlagene Scheibe,
ohne zu wissen, wer sie sind,
wohin sie gehen.
Ich denke an dich, mein Leben,
denke an dich, an dich, an dich,
Gefährtin meiner Tage
und der Zukunft,
der bitteren Stunden
und des Glücks, leben zu dürfen,
am Beginn einer Geschichte mitarbeitend,
ohne das Ende zu kennen.

Wenn die Arbeit getan ist
und der Abend kommt,
seine Schatten länger werden
über dem First,
und bei der Heimkehr vom Schaffen,
mit Freunden streitend,
Fragen besprechend
über Zeit und Schicksal,
denke ich an dich,
an dich, Gefährtin meiner Tage
und der Zukunft,
der bitteren Stunden
und des Glücks, leben zu dürfen,
am Beginn einer Geschichte mitarbeitend,
ohne das Ende zu kennen.
Wenn ich nach Hause komme,
bist du da
und wir verknüpfen unsere Träume,
am Beginn einer Geschichte mitarbeitend,
ohne das Ende zu kennen.

Eines der Lieder aus „La Poblacion“ über die Geschichte eines Slumviertels in Santiago. Luchin war ein zweijähriger Junge, eins von acht Kindern, deren Heim ein zweiräumiges Holzhaus war. Sein Vater hatte einen kleinen Wagen und ein Pferd, die sehr kostbar waren, weil die Familie mit ihnen ihren Lebensunterhalt verdiente, sodaß sie nachts ins Haus gebracht werden mußten, aus Angst, sie könnten gestohlen werden. Luchin schlief an seinen Freund, das Pferd, gekuschelt. Im Bett war kein Platz für ihn.

Luchín

Zerbrechlich wie ein Seiltänzer
über den Dächern von Barrancas
spielte der kleine Luchín
mit seinen blauen Händen
mit dem Stoffball,
mit der Katze und mit dem Hund.
Das Pferd schaute ihm zu.

Im Wasser seiner Augen
spiegelte sich das klare Grün,
klein und auf allen Vieren
mit dem verdreckten Hintern
mit dem Stoffball,
mit der Katze und mit dem Hund.
Das Pferd schaute ihm zu.

Das Pferd war auch ein Spielzeug
in dieser kleinen Welt
und dem Tier schien
diese Aufgabe zu gefallen
mit dem Stoffball,
mit der Katze und mit dem Hund
und mit dem quatschnassen Luchito.

Wenn es Kinder gibt wie Luchín,
die Erde und Würmer essen,
dann laßt uns alle Käfige öffnen,
daß sie fortfliegen können wie Vögel
mit dem Stoffball,
mit der Katze und mit dem Hund
und auch mit dem Pferd.



„Seit ich geboren wurde, habe ich in meinem Land immer Ungerechtigkeit, Armut und soziales Elend gesehen. Ich glaube, daß ich deswegen das Bedürfnis gespürt habe, für das Volk zu singen. Ich glaube fest daran, daß der Mensch im Lauf seines Lebens frei werden und daß er für die Gerechtigkeit arbeiten muß.“